

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Arbeits- und Verteilung: Drag II., Královská 16. • Kreislager: 20703, 21400. • (Rauchdruckerei): 20707 • Postfachamt: 27544

12 Jahrgang.

Samstag, 6. Februar 1932

Nr. 32.

Neue japanische Angriffe abgewehrt.

Schanghai, 5. Febr. Heute morgens setzte die Beschichtung von Tschapai wieder ein. Die Japaner halten die an die Konzeptionszone grenzende Ostseite von Tschapai besetzt. Eine japanische Abteilung unternahm von Norden längs der Bahn Wufung-Tschapai eine Umgehung gegen Tschapai.

Nach chinesischen Meldungen soll es General Tschai gelungen sein, mit frischen Truppen die bei Wufung landenden Japaner zurückschlagen zu lassen. Dabei sollen die Japaner 60 Tote verloren haben.

Die Chinesen, die durch die heftigen Angriffe der japanischen Abteilungen an einigen Stellen zeitweise zurückgedrängt wurden, haben gegen Ende des Tages die früheren Stellungen wieder eingenommen. In den Nachmittagsstunden dauerte die Schlacht in bedeutend vermindertem Maßstab fort. Der japanische General Shiojawa, der kein Harakiri verübte, wie eine gestern verbreitete Meldung besagte, gibt zu, daß die heutige japanische Offensive in Tschapai nicht von Erfolg gekrönt war.

Luftkämpfe über Tschapai.

Ein Japaner abgestürzt.

Zwei chinesische Flugzeuge griffen heute vormittag sechs japanische Bombenflugzeuge an. Die Japaner entzweiten sich in der Richtung auf den Fluß; eines ihrer Flugzeuge stürzte bei Tschapai ab.

Bisher standen die Chinesen den japanischen Luftangriffen beinahe wehrlos gegenüber. Dieser erste Zusammenstoß in der Luft wird sich vielleicht als Einleitung großer Luftkämpfe über der Niederlassung herausstellen, denn es verlautet, daß heute vormittag aus Hanking 18 chinesische Flugzeuge eingetroffen sind, deren Besatzung äußerst kampflustig sei.

Japan sendet Verstärkungen

Die japanische Regierung teilte den Vereinigten Staaten mit, daß sie eine Division Truppen nach Schanghai zu entsenden beabsichtigt.

Schanghai, 5. Febr. (Reuter.) Das britische Flaggschiff „Ren“ mit Admiral Kelly an Bord und sieben amerikanischen Torpedobootzerstörer sind im hiesigen Hafen eingelaufen. Ferner ist der amerikanische Transporthilfsdampfer „Edamont“ mit 1200 Marineinfanteristen an Bord hier eingetroffen.

Japanische Vorhut in Charbin.

Paris, 5. Febr. Eine Meldung der japanischen Telegraphenagentur „Nengo“ bestätigt, daß die Vorhut des japanischen Expeditionsheeres heute früh, ohne Widerstand zu finden, in Charbin eingerückt ist.

Mellon Botschafter in England.

Washington, 5. Febr. (Reuter.) Der Außenminister des Senates stimmte einstimmig der Ernennung des ehemaligen Finanzministers Mellon zum Botschafter in Großbritannien zu.

Die französische Anleihe.

Paris, 5. Febr. In der Nachmittagsitzung der Kammer wurde zur Behandlung in der Finanzkommission der Gelegenheitsantrag, betreffend die Gewährung einer Anleihe von 600 Millionen Franken an die Tschechoslowakei zur Verteilung gebracht.

Der Gipelpunkt der Legalitätsduselei.

Nazis werden in die Reichswehr aufgenommen.
Berlin, 5. Febr. Wie die Blätter melden, hat Reichswehrminister Groener einen Erlass herausgegeben, mit dem die frühere Bestimmung aufgehoben wird, nach der Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, als einer staatsfeindlichen Partei, nicht Angehörige der Reichswehr sein dürfen. Es bleibt aber weiterhin jener Teil des Erlasses in Kraft, nach dem Angehörige der Kommunistischen Partei von der Reichswehr ausgeschlossen sind. Dieser Erlass bedeutet eine grundsätzliche Änderung in dem bisherigen Standpunkt der Reichswehr gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung. Die Blätter messen diesem Meinungsäußerung der entscheidenden militärischen Faktoren eine große politische Bedeutung bei.

Vorstoß Frankreichs in Genf.

Ein Abrüstungsplan, der dem Völkerbund ausgedehnte Exekutivgewalt geben soll.

Genf, 5. Febr. Der französische Delegierte Lardieu hat am Schluß der heutigen Vollversammlung der Abrüstungskonferenz zur allgemeinen Überraschung dem Präsidenten Henderson ein Memorandum übergeben, worin der Standpunkt der französischen Regierung zu den Aufgaben der Abrüstungskonferenz niedergelegt ist.

Die französischen Vorschläge betreffen vor allem Maßnahmen für die Luftstreitkräfte, da die Luftwaffe, wie Lardieu erklärte, nicht nur eine neue Waffe, sondern auch die gefährlichste Waffe für die Zivilbevölkerung sei. Frankreich schlägt vor:

1. Die Internationalisierung der Zivilluftfahrt. Von Angehörigen der Staaten, welche die betreffende Konvention unterzeichnen, werden nur Flugzeuge, die nicht zu militärischen Zwecken verwendet werden können und deren Tonnage unter einer bestimmten Grenze liegen wird, worüber die Konferenz entscheidet, gebaut und frei verwendet werden dürfen. Ueber die Konstruktion und Verwendung von Flugzeugen mit einer Tonnage oberhalb dieser Grenze werden die kontinentalen, interkontinentalen und interkolonialen Organisationen entscheiden, die insgesamt dem Schutz des Völkerbundes, dem allein das dauernde Requisitionsrecht über dieses Material zuerkannt werden wird, untergeordnet werden.

2. Lediglich der Völkerbund wird ermächtigt sein, mit den Militärflugzeugen schwerer Art und den Flugzeugen mit einem großen Aktionsradius, d. h. mit Flugzeugen, die eine größere Tonnage haben, als durch die bestimmte Grenze festgesetzt wird, zu disponieren. Bezeichnen wir die Grenze z. B. mit y. Den bereits bestehenden militärischen Luftstreitkräften wird die freie Disposition über Flugzeuge unter einer bestimmten Tonnagegrenze, die z. B. mit x bezeichnet wird, überlassen werden. Aber diese militärischen Luftstreitkräfte dürfen keine Flugzeuge mit größerer Tonnage als y bauen lassen. In die militärischen Luftstreitkräfte werden nur mittlere eingereiht werden dürfen, deren Tonnage sich zwischen diesen beiden Limiten, d. h. zwischen x und y bewegen wird.

Ueber diese Flugzeuge werden nur die Staaten disponieren können, welche sich verpflichten, daß sie sie dem Völkerbund für den Fall einer gemeinsamen Aktion zur Verfügung stellen, wenn es sich darum handelt, einem Krieg vorzubeugen oder einen Krieg zu unterdrücken. Demgegenüber kann jeder Staat, der dieses Abkommen unterzeichnet und das Opfer eines Fliegerbombardement würde, sofort alle seine Flugstreitkräfte, auch jene verwendend, von denen bestimmt ist, daß sie dem Völkerbunde zur Disposition gestellt werden müssen, aber unter der Bedingung, daß er dies vorher dem Völkerbunde notifizieren wird.

3. Der französische Vorschlag empfiehlt dann, daß unter diesen Bedingungen dem Völkerbunde das Material für einen Land- und Seefrieg, das sind die schwere weittragende Artillerie, ferner die Kriegsschiffe, die mit Geschützen von mehr als 203 Millimeter Kaliber ausgerüstet sind, oder Schiffe, die eine größere Tonnage als 10.000 Tonnen haben (admiral ships), schließlich alle U-Boote, die eine größere Tonnage aufweisen, als eine bestimmte Tonnagezahl, worüber sich die Staaten einigen sollen, zur Verfügung gestellt werden.

4. In dem französischen Vorschlag wird ferner an die Errichtung einer internationalen militärischen Polizeimacht gedacht, welche einen Krieg verhindern soll, ferner an die Errichtung

einer provisorischen Zwangsgewalt, welche bestimmt wäre, einen Angriff zu unterdrücken, oder dem Staate, der angegriffen würde, sofortige Hilfe zu gewähren. Diese Kräfte werden immer zur Disposition des Völkerbundes stehen, der für ihr Kommando sorgen wird.

Schließlich wird in dem französischen Vorschlag daran erinnert, daß die französischen Propositionen ohne verschiedene Maßnahmen politischen Charakters undenkbar sind, worüber im Schoße des Völkerbundes schon durch Jahre verhandelt wurde, d. h. z. B. die Verpflichtung der Arbitrage, die Definition des Begriffes des Angreifers, die Bestimmung einer Garantie, soweit es sich um eine rasche Entscheidung über die Anwendung der vorbereiteten internationalen Macht handelt, ferner Vorschriften, welche durch die verschiedenen internationalen Gesetze gegeben sind, die noch genauer abgegrenzt werden müssen und schließlich die Voraussetzung einer internationalen Kontrolle des Rüstungsstandes. Dies sind Forderungen des Völkerbundes, die er schon früher aufgestellt hat. In diesen bereits bekannten Forderungen würden neue Vorschriften über den Schutz der Zivilbevölkerung hinzukommen.

Flugzeuge und Artillerie dürfen keine Geschosse verwenden, welche Giftgas, Jandstoffe oder mikrobiologische Stoffe enthalten. Das Bombardement durch Flugzeuge oder Artillerie auf eine bestimmte Entfernung von der Front wird verboten. Nehaltliche Regimenter müssen für die Beschließung der Rüstung durch Kriegsschiffe gelten.

In einer Rede zu den Pressevertretern, mit der Lardieu den französischen Vorschlag zur Abrüstungsbefchränkung einleitete, führte er an, daß der französische Vorschlag weiter gehe, als der der Abrüstungskonvention vom Jahre 1930, welcher die Unterlage für die jetzigen Konferenzarbeiten sein soll.

Die 14 Vizepräsidenten gewählt.

Genf, 5. Febr. Die heute nachmittags abgehaltene Vollversammlung der Abrüstungskonferenz war vor allem der Wahl der restlichen sieben Vizepräsidenten gewidmet, nachdem auf Grund des gestrigen Beschlusses sieben Vizepräsidentenstellen im Voraus an die Großmächte vergeben worden waren. Die Abstimmung war geheim. Im fünf Uhr nachmittags gab der Vorsitzende folgendes Ergebnis der Abstimmung bekannt: Abgegeben wurden insgesamt 54 Stimmen, die alle gültig waren. Die absolute Mehrheit beträgt demnach 28. Es erhielten: Frankreich 54 Stimmen, Italien 54, Großbritannien 53, die Vereinigten Staaten 52, Deutschland 50, Japan 47 und Sowjetrußland 36 Stimmen. Für die übrigen sieben Vizepräsidentenstellen wurden abgegeben: für Schweden 48 Stimmen, Spanien 43, Argentinien 39, Belgien 36, die Tschechoslowakei 35, Polen 33 und Oesterreich 32 Stimmen.

Als Vizepräsidenten werden fungieren: Lardieu - Frankreich, MacDonald - Großbritannien, Grandi - Italien, Matsuda - Japan, Brüning - Deutschland, Stimson - Amerika, Litwinow - Sowjetrußland, Vosh - Argentinien, Kammel - Schweden, Hyman - Belgien, Dr. Beneš - Tschechoslowakei, Pflügl - Oesterreich, Zuluetta - Spanien und Zaleski - Polen.

rungscheis nicht mit Extronprinzen dejeuner, versteht man die Harmlosigkeit dieser Zusammenkunft. Es war nichts dabei, aber es sieht so aus, als ob."

Hitlers Einbürgerung rechtsunwirksam.

Berlin, 5. Febr. Der Reichsinnenminister Groener hat noch gestern abends dem Reichskanzler ein Gutachten zugehen lassen, das zu den Dokumenten der thüringischen Regierung zur Frage der Einbürgerung Adolf Hitlers Stellung nimmt. Das Reichsinnenministerium steht der „Völkischen Zeitung" zufolge auf dem Standpunkt, daß, wenn eine Ernennung durch den damaligen Minister Fried in der von den Beamten geschiederten Weise erfolgt wäre, jenes der ganze Vorgang rechtsunwirksam sei.

Gelächter in Deutschland.

Man lacht wieder einmal in Deutschland herzlich, unbändig und zwerchfellerstärkternd. Trotz Krise und Not. Gegenstand dieses stürmischen Gelächters ist die Figur eines neuen Hauptmanns von Köpenick. Und der in dieser Rolle auftrat ist niemand anderer, als E. H. Adolf der Große, Wilhelm III., wie ihn einer seiner früheren Anhänger höhnvoll getauft hat, er, der „Opa", der Erneuerer Deutschlands, zu dem die Hakenkreuzjünglinge wie zu einem Halbgott aufblicken, die sich niemals wieder die Hände waschen, wenn er ihnen die Hand gedrückt hat und für den sich alle hysterischen teutschen Jungfrauen, wie wir an anderer Stelle berichten, Hausaltäre errichten wollen.

Hauptmann von Köpenick? Nein, das war noch eine wahre Heldenfigur gegen Hitler als Gendarmekommissar, zu welcher Würde Hitler sich von seinem Nazispezi Freil emporschwindeln ließ, um sich auf diese Weise die deutsche Staatsbürgerschaft zu erschleichen. Der sogenannte Hauptmann von Köpenick, das war in seinem Privatleben ein armer Teufel von Schuster, der mit seinem lustigen Streich den wilhelminischen Militarismus und Unterthanengeist zum Gaudium aller Welt an den Pranger stellte. Mit seiner drolligen Figur blamierte er nicht sich, sondern den ausgeblähten preussischen Offiziersdünkel und er hatte die Lacher auf seiner Seite. Aber Hitler? Mit ihm wird niemand lachen, nur über ihn. Das Bild wird niemand mehr aus seiner Vorstellung tilgen können: Hitler mit seiner Strickmode und seinem Pörschen, zu dem ihm Chaplin Modell gestanden ist, in der Uniform eines Gendarmekommissars, den scheppernden Säbel an der Seite, stolz durch die Straßen des kleinen thüringischen Städtchens Hildburghausen schreitend! Er, den die Anbeter seiner Anhänger gegen Hindenburg zum Kandidaten für die Präsidentschaftswahl in Deutschland machen möchte, Er, in dem sie phantasielustig schon den künftigen Diktator Deutschlands sehen! Er, zu dem in das Münchener Braune Haus auch unsere Nazis wie zu einem Dalai Lama pilgern, um sich Blessungen für ihre Politik erteilen zu lassen! Nun ist er zur Hauptfigur einer Komödie, nein, einer Possen und Groteske geworden, wie sie lacherregender kaum gedacht werden kann.

Schiebung — das ist eines der Schlagworte in den nationalsozialistischen Verfammlungen und es wird gewöhnlich noch durch das Behaupten „jüdische" geschmückt. Jüdische Schiebung, das Schlagwort ist der dunkle Hintergrund, von dem sich die germanische Sitteneinheit der Nazisbrüder umso wirkungsvoller abheben soll. Wo und wann aber wurde eine tollere, infamere Schiebung unternommen, als durch die Tat des früheren nationalsozialistischen Innenministers in Thüringen, Herrn Dr. Fried! Der große Adolf ist kein deutscher Staatsbürger. Er ist in Braunau am Inn geboren, war also Oesterreicher und ist ein Staatenloser geworden, weil er sich zu Kriegsbeginn seiner Militärdienstpflicht in Oesterreich durch Flucht entzogen hat. Das ist der große Schmerz der Nazis, denn als Staatenloser kann Hitler nicht einmal für den Reichstag kandidieren. Diesem Uebel suchte während seiner Amtszeit Herr Fried als ehrenwerter Innenminister durch Mißbrauch seines Amtes abzuhelfen. Da Hitler wegen Hochverrats, begangen gegen das Deutsche Reich, wegen des Münchener Putschs im Jahre 1923 verurteilt ist, ist seine Einbürgerung in Deutschland auf normalem Wege nicht durchführbar. Die deutsche Republik bezeugt ihm, dem Ausländer gegenüber ohne hin mehr als Duldsamkeit. Wenn er zur Herrschaft gelangt, das hat er versprochen, so will er die Köpfe der Republikaner und Sozialisten „rollen" lassen, dessenungeachtet be-

tätigt die Republik dem Köpferoller gegenüber so viel Toleranz, daß sie ihn duldsam seine Landsknechtsscharen organisieren und die Vorbereitungen zum Bürgerkrieg treffen läßt. Immerhin bezeugt die Republik wenigstens so viel Radikalität, daß sie ihn nicht Staatsbürger werden läßt und so hat, wie sich jetzt herausstellt, der in amtlichen Schlichen wohl-erfahrene Fried den Versuch unternommen, Adolf Hitler auf dem Wege über eine Beamtenernennung als Staatsbürger einzuschmuggeln. Der freche Betrug wurde natürlich in aller Heimlichkeit durchgeführt. Fried benützte die Gelegenheit, als der thüringische Finanzminister auf Urlaub weilte und er ihn vertrat, um die Schiebung in Szene zu setzen, nur zwei Beamte wurden eingeweiht, denen strengstes Schweigegebot auferlegt wurde. In den letzten Tagen sind Gerüchte aufgeflattert, es sei von den Nazis beachtet, in Braunschweig, wo sie gegenwärtig an der Regierung sind, Hitler eine Professur an der dortigen Technischen Hochschule zu übertragen, aber so hoch gingen die Ambitionen Hitlers und Frieds gar nicht. Man begründete sich mit der ersten besten Stelle und da zu dem Fried geeigneten erscheinenden Augenblicke gerade die Stelle eines Gendarmeriekommissars in Hildenburghausen frei war, so wurde Hitler eben diese Stelle übertragen. Man stelle sich vor: Fried, der doch nur eine Kreatur Hitlers ist, ernannt den Chef der Nazi-Heerschar, seinen obersten Kriegsherrn zum — Gendarmerie-**achtmeister!** Zum Kommandanten über sieben Gendarmen und drei Landjäger! Das ist an sich kein unehrenhaftes Amt, aber — so war es bestimmt — Hitler sollte nie sein Amt antreten, der Posten sollte nur vorübergehend mit ihm besetzt werden, und diese Besetzung sollte nur zu dem Zwecke erfolgen, um Adolf Hitler die Einbürgerung zu verschaffen, die durch die Ernennung zum Beamten automatisch erfolgt wäre. Man stelle sich vor, es wären Sozialdemokraten gewesen, welche sich dieses Vertrages schuldig gemacht hätten, was es da in der Nazi-Prese und auch in der ganzen bürgerlichen Presse für ein Geschrei gegeben hätte!

Gelungen ist die Lumperei nicht und sie wäre auch nie gelungen, denn was da vollzogen wurde, das war kein amtlicher Akt, dem Rechtsgültigkeit zukommen wäre, sondern ein Scheinakt. Wenn Hitler jetzt erklären läßt, er habe die ihm von Fried ange-tragene Stelle des Gendarmeriewachtmeysters von Hildenburghausen nicht angenommen und er habe damit die ihm auf diese Weise von Fried gebotene Gelegenheit, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, abgelehnt, so ist das eine höchst billige Geste. Adolf hat offenbar im letzten Augenblick noch erfahren, daß der Schwindel doch nicht gehen werde. Das Mißlingen der Schiebung ändert natürlich nicht das mindeste an der Einschätzung dieses Versuches als eines Amtsmißbrauchs (skandalöser Art). Der Fall gibt einen Vorgeschmack davon, wie die Nazis ihr sagenhaftes Drittes Reich einzurichten und zu verwalten gedenken. Zugunsten der eigenen Vanden-

brüderchen ist jede Schiebung, jeder Betrug, jeder Amtsmißbrauch erlaubt. Das ist die Auffassung dieser „Reiniger“ und „Erneuerer“ Deutschlands und wer im Dritten Reich über das von ihnen schon jetzt betätigte korrupte System etwa ungehalten sein sollte, der muß sich darauf gefaßt machen, daß sein Kopf ins „Rollen“ gebracht wird.

Vertragsabschluß für die nordböhmisches Textilindustrie.

Wie wir bereits berichteten, haben die Unternehmer der nordböhmisches Textilindustrie durch den Kreis Reichenberg des Deutschen Hauptverbandes der Industrie die Lohnverträge für die Vertragsgebiete Reichenberg, Tannwald und Friedland mit 1. Jänner gekündigt und einen zehnprozentigen Lohnabbau gefordert.

Es gab wohl bisher im Reichenberger und in den ganzen nordböhmisches Vertragsgebieten noch keine Lohnbewegung, die unter so ungünstigen Vorbedingungen für die Arbeiterschaft und die Vertragsgewerkschaften geführt werden mußte, wie diese.

Die schwere wirtschaftliche Krise, die mit unerhörter Wucht auf der nordböhmisches Textilindustrie lastet, kennzeichnet sich durch einen in diesen Gebieten bisher unbekanntem Höchststand an Arbeitslosen und Kurzarbeitern.

Durch die Stilllegung von 45 Betrieben mit 7000 Beschäftigten im politischen Bezirke Reichenberg und durch die Einstellung von 8 Betrieben mit 2000 Beschäftigten im Bezirk Gablonz, sowie durch die Stilllegung von 8 Betrieben mit 1500 Beschäftigten im Bezirk Friedland sind Tausende von Textilarbeitern aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen. In Reichenberg arbeiten gegenwärtig 35 Betriebe mit 7000 Arbeitern und in Friedland 7 Betriebe mit 4000 Arbeitern verfügt.

Die katastrophalen Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Verbindung mit der durch die Kommunisten verursachten schlechten organisatorischen Lage der Gewerkschaften, haben die Möglichkeit, die ungerechtfertigten Lohnforderungen der Unternehmer erfolgreich abzuwehren, stark eingeschränkt.

Die Vertragsgewerkschaften mußten sich daher entscheiden, entweder durch Verhandlungen den angedrohten Lohnabbau zu verringern oder durch Ablehnung von Verhandlungen einen vertragslosen Zustand herbeizuführen. Ein vertragsloser Zustand unter den heutigen Verhältnissen würde aber nur dazu führen, daß die Unternehmer nicht nur den 10prozentigen Lohnabbau billigen, sondern daß in vielen Betrieben bestimmt noch mehr als 10 Prozent von den Löhnen abgebaut würde.

Diese Tatsache hat die Vertrauensmänner der Vertragsgewerkschaften dazu bestimmt, mit den Unternehmern zu verhandeln. Nach wiederholten Verhandlungen, bei denen die Unternehmer sehr deutlich zum Ausdruck brachten, daß es ihnen lieber wäre, vertragslos zu bleiben, um Freiheit zum Lohnabbau zu haben, wurde zum Schluß doch noch folgendes erzielt.

Ergebnis der Verhandlungen.

Mit 1. Jänner werden nicht 10 Prozent vom Lohn, sondern wird die Hellerzulage abgebaut.

Der Herr Präsidentschaftskandidat der Nazis bleibt also vorläufig noch Ausländer; was von der mißlungenen Schiebung übrig bleibt, das ist nur das Bild des „Osa“ in der Uniform eines Gendarmeriewachtmeysters. Der Abgott der Nazis, er ist dem Ruhm der Lächerlichkeit für immer verfallen!

Der Vertrag wird auf sechs Monate abgeschlossen. Die Unternehmer werden außerdem in der Osterwoche eine einmalige Aushilfe in der Höhe der Hellerzulage für zwei Monate auszahlen, aufgerundet nach oben auf ganze 5 und 10 Kronen.

Durch dieses Verhandlungsergebnis wird der Lohnabbau, wenn man die einmalige Aushilfe mit in Rechnung stellt, an Stelle der geforderten 10 Prozent nur 4 Prozent betragen.

Zu diesem Verhandlungsergebnis haben nun in den letzten Tagen die Vertrauensmänner und Mitglieder der Vertragsgewerkschaften in großen Konferenzen und stark besuchten Versammlungen Stellung genommen.

Die Entscheidung ist mit überwältigender Mehrheit (98 Prozent) für den Abschluß des Vertrages auf der Grundlage des Verhandlungsergebnisses gefallen.

Die Tatsache, daß diese Entscheidung fast einstimmig von den verantwortlichen Vertrauensmännern und Mitgliedern der Vertragsgewerkschaften getroffen wurde, spiegelt sehr deutlich die gegenwärtige Situation wider, in welcher sich die Arbeiterschaft befindet.

Keiner von den Vertrauensmännern der Vertragsgewerkschaften würde auch nur einen Augenblick gezögert haben, den Vertragsabschluß, der ja mit einem Lohnabbau verbunden ist, abzulehnen, wenn dadurch der Lohnabbau hätte wirklich verhindert werden können. Ebenso wenig hätten die Vertrauensmänner gezögert, der Arbeiterschaft den offenen Kampf anzuschreiben, wenn auch nur die geringste Aussicht auf einen Erfolg dieses Kampfes vorhanden wäre.

Weil ein solcher Kampf keine Erfolgsmöglichkeiten hatte und weil die Unternehmer brutal und rücksichtslos auf ihrer Forderung nach Lohnabbau bestanden, erkannten die erfahrenen Vertrauensmänner, daß eine vollständige Abwehr des Angriffes der Unternehmer unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich ist und daß aus diesem Grunde der Vertragsabschluß mit einem kleineren Lohnabbau dem vertragslosen Zustande, der ein Lohnabbauakt der Unternehmer von zehn und mehr Prozent zur Folge gehabt hätte, vorzuziehen war. Dies waren die Hauptgründe, warum dem Vertragsabschluß zugestimmt wurde. Aber es sind noch andere Umstände, die ebenfalls beachtet werden mußten.

Es ist einer der dringendsten Unternehmerwünsche, die Kurzarbeit in den Betrieben einzustellen und mit einer verminderten Arbeiterzahl die Betriebe oder wenigstens einzelne Abteilungen der Betriebe voll arbeiten zu lassen. Die Gefahr, daß durch einen vorübergehenden Betriebsstillstand, ob nun durch einen Streik oder durch eine von den Unternehmern vorgenommene vorübergehende Betriebsreinstellung — ähnlich wie bei Stitzky in Rappersdorf — die Arbeiter einzeln und zu verschlechterten Arbeitsbedingungen wieder auf-

genommen werden und daß ein großer Teil überhaupt draußen bleibt, lag sehr nahe. Die Verantwortung für solche Zustände konnten und wollten die Vertrauensmänner nicht auf sich nehmen und deshalb sind aus diesen Gründen die Verträge abgeschlossen worden.

Die Volksgewerkschaften empfehlen nun den Textilarbeitern zur Abwehr dieses Lohnabbaues einen allgemeinen Textilarbeiterstreik.

Ein solcher Streik bedeutet bei der heftigen großen Wirtschaftskrise, bei der ohnehin die Gefahr besteht, daß noch weitere Textilbetriebe von selbst ihre Tore schließen werden, eine große Gefahr und ist darum ein unüberantwortliches Beginnen.

Ein solcher Streik könnte nur mit einer Niederlage enden, ähnlich wie im Jahre 1929. Die Volksgewerkschaften behaupten weiter, daß die Vertragsgewerkschaften kein Recht haben, für die Textilarbeiter Kollektivverträge abzuschließen.

Die Vertragspartner haben 90 Prozent der organisierten Textilarbeiter in ihren Reihen und sind daher sehr wohl zu einem Vertragsabschluß berechtigt.

Uebrigens ist es ja so, daß die Vertragsunterzeichnung durch die Vertragsgewerkschaften für niemand anderen unter den Textilarbeitern eine feste Bindung bedeutet als für die eigenen Mitglieder dieser Vertragsgewerkschaften.

Die Volksgewerkschaften sowie auch die indifferenten Arbeiter haben also trotz dem Vertragsabschluß immer noch die Möglichkeit, ihre eigenen Wege zu gehen.

Alle denkenden Textilarbeiter und vor allem die Vertrauensmänner und Mitglieder der Freien Gewerkschaften werden, wenn sie alle während der Lohnbewegung entstandenen Umstände klar und nüchtern überlegen, zu dem Schluß kommen, daß ein anderer Weg unter diesen Verhältnissen nicht gangbar war und daß die Entscheidung der Vertrauensmänner der Vertragsgewerkschaften die einzig richtige ist. Es liegt nun einmal im Wesen des gewerkschaftlichen Kampfes, daß alle, auch die schwierigsten Situationen, nicht mit dem Gefühl, sondern mit dem Verstande erfaßt und beurteilt werden müssen und daß dann ein einmal als richtig erkannter Weg auch konsequent zu Ende gegangen werden muß.

Die Unternehmer, die die ungeheure schwere Situation, in welcher die Arbeiterschaft jetzt lebt, geschickt und rücksichtslos ausnützen, um die Löhne zu kürzen, haben wohl einen kleinen Erfolg errungen.

Wirtschaftlich und sozial betrachtet, ist aber das Verhalten der Unternehmer nach keiner Seite hin zu rechtfertigen. Die Unternehmer werden sicher die ganze Oessentlichkeit gegen sich haben, weil niemand glauben und begreifen wird, daß dieser Lohnabbau, den die Arbeiterschaft nur unter dem Druck der Verhältnisse hinnehmen mußte, ein Ausweg aus der schweren Krise in der Textilindustrie sein kann. Der Umstand, daß die Unternehmer mit diesem Lohnabbau die Lebenshaltung der Arbeiterschaft weiter senken und dadurch einen Teil der Kaufkraft der Bevölkerung in Nordböhmen vernichten, wird von allen wirtschaftlich und sozial denkenden Menschen verurteilt werden.

Die Arbeiterschaft in der Textilindustrie, die diesen Lohnabbau infolge der Zwangslage, in der sie sich befand, nicht ganz abwehren konnte, wird sich vorläufig erbittert mit dieser Tatsache abfinden, aber die Zeit wird und wird einmal kommen, in welcher die Arbeiterschaft wieder stärkeres wirtschaftliches Gewicht bekommt und dann kommt auch die Zeit, in welcher das Verlorene wieder eingeholt werden wird.

Die Textilarbeiter müssen trotzdem gerüstet bleiben, gestützt auf die Vertragsgewerkschaften

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v Oskar Wöhrle

(Verlag „Der Arbeiter“, G. m. b. H., Berlin SW 61.)

Eben kommt die Schlupfwespe am Fenster mit einer neuen Raupe. Sigmund sieht, wie die Gelbkeule sich müht, ihr widerstrebendes Opfer in die Röhre zu winden.

Sein Lächeln verstärkt sich. „Wespe oder Wurm!“ denkt er nochmals. „Wehre dich, dummes, feistränkiges Käupflein, binnen wenigen Minuten wirst du die feindlichen Eier im lebendigen Leibe haben!“

Laut aber sagt er, seinen Blick voll auf die Böhmen wendend:

„Recht hast du, Ritter Ksepka. So hab ich in der Lat damals geredet, kein Wort stand anders. Und doch, du vergißt eines, und das scheint mir das Wichtigste zu sein, seit dem Damals und seit dem Heute liegt eine volle Wondreise. Kein Mensch ist geboren, ewig der gleichen Meinung zu sein. Auch ich nicht. Mich hatte damals der Jora überrannt. Ich gebe offen zu, wer will mich drum schelten, die Rede war eine unbefonnene Festigkeit von mir. In ruhiger Stunde, bei vernünftiger Ueberlegung hat sie mich geraut. Aber ich hab's nicht bei der Reue bewenden lassen. In meinem Auftrag zu einem Teil und mit meiner Billigung um anderen ist in der Zwischenzeit verschiedentlich versucht worden, den Magister umzustimmen. Ich muß gestehen, leider vergeblich. Nun aber, Herren, wie wäre es, wenn ihr einen letzten Versuch machtet, heute, in zweiter Stunde sozusagen? Ihr seid seine Landsleute, zum Teil seine Freunde, euch kann er also nicht vorwerfen, daß ihr ihn langem, überhäufeln oder sonstwie verstriden wolltet. Ich geb euch, damit ihr ungeschult Einlaß findet, unseren Oheim, Pfalzgrafen Ludwig mit-

„Wollt ihr? So hätte eure Fürsprache wenigstens einen Sinn gehabt.“

Die Unerschämtheit dieses letzten Satzes geht an den Böhmen vorbei. Sie hören nur Sigmunds glänzend berechnetes „Wollt ihr?“, das aussieht, als ob es die Entscheidung in ihre Hand legte, während in Wirklichkeit der König damit nur den letzten Rest von Verantwortung von sich abschleibt.

Natürlich wollen sie. Es braucht da nicht erst eine lange Festlegung. Die Gesichter aller drei sprechen unterhohlene Zustimmung aus.

Der König steht auf, für die Herren das Zeichen, sich ebenfalls von den Stühlen zu erheben.

„Ich bitte euch, drauhen einen Augenblick zu säumen, meine Kanzlei wird euch auf der Stelle einen Passierschein behandeln!“

Die böhmischen Herren empfehlen sich. Zizka als Leiter. Diesmal vergißt er das vorgeschriebene Jeremias nicht. Sigmunds Pippen kräufeln sich unmerklich, als der schwarzgepanzerter Rücken zum Abschied sich tief vor ihm beugt.

Doch als der Böhme aufschaut, ist diese Welle des Spottes verfliegen; das Anlitz des Königs, der den Gruß erwidert, strahlt etel Gnade.

„Ob wir dem Luxemburger im Grund unserer Herzen doch nicht Unrecht getan haben?“ fragt drauhen, auf der Diele, Zizka die anderen.

Ksepka hebt zweifelnd die Schultern. Wenzel von Daba, der Klop, klemmt verlegen ein Aug ein; das kann so gut Zustimmung bedeuten, als auch das Bestigste Nein. Eine Weile bleiben die Herren nachdenklich und stumm. Da fällt es Herrn Ksepka ein, nach Karel zu rufen.

Statt seiner kommt der Beschließer gelaufen. Dienstfertig küßert er, die Hand zur Abschirmung an den Mund haltend:

„Den gelbwamsigen Knappen hat eine Dame mit in ihre Säufte genommen.“

„Eine Dame?“ wundert sich Ksepka.

„Ja, die Königin.“

Der Beschließer trabt zurück zur Tür. Dort hat sich bei dem Posten eines Eintretenden wegen Festieb erhoben.

„Die Königin?“ fragt Zizka. „Wozu braucht die deinen Knappen in der Säufte?“

Ksepka und Daba schauen sich an. Zizka versteht und holt aus zu einem lästerlichen Fluch. In diesem Augenblick reichen besiffene Hände die Kanzleiture auf. Herr Pfalzgraf Ludwig tritt lärmend heraus, in der Hand einen pergamentenen Zettel.

„Schlechten Streusand verwenden die Schreiberseelen“, schreit er, immer wieder den Zettel schwenkend, „Kitschnaz wird einem ein solches Instrument behandelt!“

Die Herren verlassen miteinander die Pfalz. Knechte kommen gerannt und bringen die Pferde. Es gibt die Unruhe des Aufstiegs.

Am Fenster steht Sigmund und schaut zu, wie die Reiter die Richtung aufs Franziskanerkloster zu nehmen. Ksepka und Wenzel flankieren den Pfalzgrafen. Zizka reitet als Leiter. „Der Knappe lahm“, stellt Sigmund fest, „der muß einen ordentlichen Ritt hinter sich haben.“

Leise schüttelt sein rölliger Bart. Der König lacht. Lautlos lacht er, wie ein Robold, der einen Schacht des Trugs und des Verderbens gegraben. Unvermittelt wird er ernst.

Jetzt scheint sein Bart aus starrem Kupfer zu sein.

Der Blick des Königs hat sich wieder zur Wespe gewendet. Die ist eben dabei, die Brust der Raupe abzudekeln.

Zweihundert Schritte weiter flucht Zizka und will mit Gewalt umkehren.

„Was hast du nur, unruhiger Geist?“ kurrert Ksepka.

„Eine Stinkhaut, daß ich alt werde, Bruder! Ich habe vergessen, dem Roten den Brief aus Prag zu behandeln!“

„Hat Zeit!“ sagt Ksepka.

Der Pfalzgraf hat ein paar d. ehmischen Broden aufgesogen. Aber er kommt nicht dazu, sich über ihren Sinn klar zu werden. Denn eben, als er mit dem Uebersehen beginnen will, schlägt Ksepka Pferd einen Trab an.

Es wäre eigentlich gar nicht vorzudöten gewesen. Da liegt schon das Kloster.

7.

Ohne ein Wort zu sagen, mit dem bloßen Wink der Augen, hat die Königin ihre Frauentzimmer aus der Kemenate geschickt.

Nun, mit Karel allein, ist es mit ihrer Selbstüberhöhung zu Ende. Ehe der Knappe an Abwehr denken kann, hat sie ihn überrumpelt, mit beiden Händen hält sie seine Hüften umfaßt und zieht ihn zu sich heran.

Karel weiß keine andere Antwort, als daß er sich in heißem Kampf frei macht aus der Umklammerung und vor der aufgeregten Frau Schritt um Schritt zurückweicht.

Nun steht er, unbeweglich wie eine Statue, an der breiten Wand im schönsten Zimmer des Bündrichshofes und starrt aus großen, halb erschrocken, halb benommenen Augen unerblickt seine Bedrängerin an.

Das Herz schlägt ihm hoch hinauf bis zum Hals. Sein Brustkasten hebt sich hart und gewaltsam. Streng und pfeifend geht sein Atem. Das ist das einzige Lebendige an ihm, alles andere ist Lähmung und Starre.

Die Verfährerin weidet sich an seiner knabenhaften Hilflosigkeit. Küßlich rennt es ihr über die Nerven.

„Was alt bist du „amtlich?“

(Fortsetzung folgt.)

müssen sie ihre gewerkschaftlichen Positionen ausbauen, um im Zeitpunkt einer wirtschaftlichen Konjunktur die erlittene Scharte wieder auszuweichen.

Die völkischen Lehrer und die „Pädagogische Woche“ in Brünn.

In der „Freien Deutschen Schule“ der Zeitschrift des Reichsverbandes deutschvölkischer Lehrer i. d. C. S. M. schreibt ein scharfer Herr Völker über die „Pädagogische Woche“ der Reichsvereinigung deutscher sozialdemokratischer Lehrer allerhand Zeug zusammen. Zunächst wird der Vorwurf erhoben, daß „besonders auch durch die rote Presse“ für den Besuch der „Pädagogischen Woche“ in Brünn geworben wurde. Man höre und staune, sozialdemokratische Zeitungen machen für eine sozialdemokratische Veranstaltung besondere Propaganda. Dem politischen Demagogus Völker versichern wir diesen Unfuss, daß er aber in eine Zeitschrift aufgenommen wird, weist ein äußerst merkwürdiges Licht auf den spiritus rector dieses Blattes, den nationalsozialistischen Bürgermeister Cermak von Graupen. Aus reiner Verleumdungssucht werden die Tatsachen geradezu gewaltsam auf den Kopf gestellt. Es heißt in diesem Pamphlet, daß die Anmeldungen ausblieben und deswegen die Anmeldefrist verlängert werden mußte. Zur Steuer der Wahrheit sei festgestellt, daß die Abhaltung der „PW“ an die Meldung von mindestens 50 Teilnehmern befristet bis zum 1. Dezember gebunden war. Nachdem diese Mindestzahl schon vor dem 1. Dezember erreicht war, wurde natürlich die Anmeldefrist verlängert, da erfahrungsgemäß erst in den letzten Wochen das eigentliche Gros der Teilnehmer kommt. Wir glauben den deutschnationalen Lehrern gerne, daß es ihnen lieber gewesen wäre, wenn alle die, die sich erst nach dem 1. Dezember gemeldet haben, nicht zugelassen worden wären. Empört ist der Herr Völker auch über die mächtigen neutralen Lehrerverorganisationen, weil sie ihre Mitglieder von dem Staifinden der „PW“ verständigt haben. Dieser tapfere teutonische Völker, der sich nach echt völkischer Art hinter einem Decknamen versteckt, findet auch den Mut zu einer elenden Beschimpfung der Veranstaltung, in dem er sie als „demagogische Woche“ bezeichnet. Was war an dieser Veranstaltung demagogisch? Für jeden der lesen kann, war es klar, daß die Veranstalter Sozialdemokraten sind und daß vom Standpunkt des Sozialismus zu Schul- und Erziehungsfragen Stellung genommen wird. Ganz offen haben sich die Sozialisten zu dieser Veranstaltung bekannt, ja nicht nur bekannt, sondern sie sind auch stolz darauf, daß wir 171 Lehrer durch die „PW“ in die Grundfragen sozialistischer Schulpolitik einführen konnten. Wir fragen die völkischen Lehrer, ob sie die Zahl von 171 Teilnehmern als einen Mißerfolg bezeichnen. Und wie schrecklich — unter den Vortragenden waren auch Juden und Tschechen. Dieser selbe Herr Völker, der wahrscheinlich wie so viele andere völkische Lehrer bei einem jüdischen Großkapitalisten keine Kleider kauft, kann es natürlich nicht hören, wenn ein jüdischer Lehrer, der mit denselben Gütern gesegnet ist wie die arischen Lehrer, von den sozialistischen Erziehungsmagistrin in begeisterten Worten erzählt. Daß die Redner „zu den einseitigen Theoretikern zählen, bar jeder erlebten Erfahrung auf dem Gebiete der Erziehung und des Unterrichtes“, ist natürlich selbstverständlich. Diese Erfahrung besitzt nur der Herr Völker und alle übrigen völkischen Lehrer. Was Geistesblind er ist, geht am besten aus der Bemerkung hervor, die er einer Diskussionsrede des Gen. Fürstenau entnommen haben will, der „die vorgebrachten Verstiegenheiten ablehnte“. Kein wahres Wort ist natürlich daran.

Herr Völker hat wohl läuten, aber nicht zusammenschlagen gehört. Der Elternabend hätte tatsächlich besser besucht sein können und er wäre sicher besser besucht gewesen, wenn es nicht in Strömen geregnet hätte. Schade, daß der Herr Völker nicht selbst den Elternabend besuchte, vielleicht wäre ihm bei dieser Gelegenheit der Schnabel ein wenig gewachsen worden. Zur Verhütung der völkischen Lehrerschaft sei gesagt, daß wir mit dieser „Riete“ sehr zufrieden waren und wir nur einen Wunsch haben, daß auch die nächste „Pädagogische Woche“ wieder eine solche Riete wird, zur Freude der sozialistischen und wie wir sehen, auch der völkischen Lehrer, denn geteilte Freude ist doppelte Freude.

Einheitsfront oder Arbeiterberrat?

In dem mitteldeutschen Ort Hohenmölsen, wo die bürgerliche Front kürzlich bei der Stadtverordnetenwahl von der Arbeiterschaft vernichtend geschlagen wurde, ist die Stadtverwaltung trotz dieses Sieges mit Hilfe der Kommunisten an der Fäscisten ausgeliefert worden. Der sozialdemokratische Leiter „Volksbote“ schreibt dazu: „Um parlamentarische Missionen zu zerstören, haben die Kommunisten in Hohenmölsen mit den Mitteln politischen Fallschirmspiels den Stadtverordnetenrat über und die Magistratsmehrheit dem faschistischen Bürgertum in die Hand gespielt trotz einer nahezu zweifachen Arbeitermehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Damit ist zum 23. Male im bisherigen Unterbezirk der Beweis geliefert, daß die „Einheitsfront“-Parole der Kommunisten nur Lug und Trug ist. Daß die Kommunisten nichts anderes als die Streikbühelhalter der Fäscisten sind, indem sie diesen die kommunalen Machtpositionen durch ihr poli-

tisches Doppelspiel ausliefern, trotzdem sie tags zuvor in einem lichten Augenblick eingestanden, daß die Durchführung der faschistischen Diktatur zur Vernichtung der Arbeiterklasse führen würde. Aber diese Erkenntnis hindert sie nicht daran, die Sozialdemokratie entsprechend ihrer Partei-

Technologische Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakei.

Der Fortschritt der Technik macht die Arbeiter arbeitslos.

Man unterscheidet heutzutage eine konjunkturelle und eine technologische (oder strukturelle) Arbeitslosigkeit. Die erstere ist eine Folge des Konjunkturrückganges der Wirtschaft, die zweite des technischen Fortschrittes, der vollkommen im Dienste der Kapitalistenklasse steht. Wie sehr die technische Umwälzung in der Produktion die heutige, außerordentliche Arbeitslosigkeit mitverursacht, zeigen einige Beispiele vorwiegend aus der Metall- und Textilindustrie, welche dem bereits besprochenen Gewerbeinspektionsbericht entnommen sind:

Auch die Metallarbeiter in der Tschechoslowakei bekommen die Folgen der Rationalisierung zu spüren. Eine Proger Eisenwerke hat elektrische Ofen und maschinelles Formen eingeführt, die Leistung der Arbeiter wurde verdreifacht, wobei an die Stelle von qualifizierten Arbeitern Hilfsarbeiter traten, deren Löhne allerdings stiegen, wobei aber die Affordöhe herabgesetzt wurden. Die Bittowitzer Eisenwerke erzielen

durch Reorganisation ihrer Wärmewirtschaft eine Herabsetzung ihres Tagesbedarfes an Brennmaterial gegenüber 1921 um 1200 Tonnen, was die Arbeit von 1200 bis 1400 Bergarbeitern pro Tag bedeutet.

In der Maschinenindustrie erhält der Arbeiter das Arbeitsprogramm auf einem Arbeitsblatt nebst genauer Zeichnung, zugehöriges Material Werkzeug und Meßinstrument. Auf dem Arbeitsblatt sind für die einzelnen Teilarbeiten die Zeiten vermerkt, was den Arbeiter zu größter Kraftanstrengung zwingt, denn gelingt es ihm mit der Arbeit früher fertig zu werden, als vorgeschrieben ist, erhält er eine eigene Prämie. Die Teilung der Arbeit wird bis ins Kleinste getrieben und die Arbeit, die mit der Hand geleistet wird, wird auf das geringste Maß beschränkt.

So ist in der Brünnener Waffensabrik die Erzeugung eines Gewehres in 1200, die Erzeugung eines Maschinengewehres in 1700 Teilarbeiten zerlegt

und viele von diesen Arbeiten können von Frauen durchgeführt werden, welche in erhöhtem Maße die Stelle der Männer einnehmen. In einer Nähmaschinenfabrik wurde durch Automatisierung und Typisierung die Erhöhung der Arbeitsleistung um 40 Prozent erzielt. In einer Fabrik zur Erzeugung von Meßinstrumenten wurde die Zeit, die notwendig ist zur Produktion eines solchen Instruments, auf 35 Prozent herabgesetzt. In einem elektromechanischen Unternehmen wurde durch Einführung des laufenden Bandes die Arbeitsleistung der dort beschäftigten Frauen auf das Siebenfache erhöht, in einer Fabrik zur Erzeugung von Grammophonplatten verdreifacht, wobei die Löhne herabgesetzt wurden.

Dieselbe Beobachtung der Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft können wir in der

parole als den „Hauptfeind zu bekämpfen“ und so die elementarsten Arbeiterinteressen mit Füßen zu treten. Auf diesen neuesten Schreckenstreich der Kommunisten gebietet proletarische Rotwehr den schärfsten Kampf gegen diese Partei des Arbeiterberrats!

Holzindustrie machen. In dem Gewerbeinspektionsbericht wird von einem Königsgräber Unternehmen erzählt, wo durch Aufstellung einer Schleifmaschine die Arbeit von zehn Arbeitern überflüssig wurde.

Interessant ist auch der Bericht über die Gummifabrik in Preßburg, wo die Bedienung der Maschinen zum Verpacken und Etikettieren der Gummihöhlen und Gummialbale für die Arbeiterinnen

so ermüdend ist, daß nach jeder Vierstunde Arbeit eine Pause von fünf Minuten eingelegt werden muß;

trotzdem auf diese Weise die Arbeitszeit um ein volles Viertel verkürzt wurde, stieg die Arbeitsleistung der Arbeiterinnen. Der Erwähnung wert ist auch ein Beispiel aus der Pelzwarenindustrie. Es wurde da eine Maschine zur teilweisen Enthaarung der Pelze aufgestellt, deren Arbeitsleistung 300 Pelze pro Stunde beträgt und wodurch die Handarbeit vieler Arbeiter überflüssig wurde.

Die schwierige Lage der Textilindustrie hat viele Unternehmungen zur Rationalisierung veranlaßt. In den Baumwollspinnereien wurde die Bedienung der Streichmaschinen reorganisiert. So wurden

in einem Betrieb den Arbeiterinnen statt bisher 9 und 14, in einem anderen Betriebe sogar 18 Maschinen zur Bedienung zugewiesen.

Obgleich die Leistung der Arbeiterinnen bis um 80 Prozent stieg, liegt ihr Verdienst nur um 10 Prozent. In den Flachspinnereien wurden in den Spinnabteilungen sowie im Motorbetriebe Arbeiterinnen entlassen, wodurch die Anzahl der Arbeiterinnen, die auf 1000 Spindeln entfallen, von 50 auf 42 sank. In einer großen Baumwollspinnerei verloren 60 Arbeiterinnen ihre Beschäftigung, weil

jeder Arbeiterin zur Bedienung die doppelte Anzahl der Spindeln zugewiesen

wurde. Bei doppelter Arbeitsleistung stieg der Lohn der Arbeiterinnen nur um 10 Prozent. In einer anderen Spinnerei wurden neue Streich- und Ringmaschinen aufgestellt, wodurch die Anzahl der Arbeiter, die auf 1000 Spindeln entfallen, von 95 auf 80 Personen sank. Durch die Einführung des Maschinenbetriebes in kleineren Webereien in Südböhmen

verlor etwa die Hälfte der Heimarbeiter Beschäftigung.

Eine Weberei im Königsgräber Gebiet hat selbsttätige mechanische Webstühle mit elektrischem Betrieb eingestellt. Zur Arbeit bei den Webstühlen genügt nunmehr die Hälfte des Bedienungspersonals. Die Einführung von Ringmaschinen an Stelle der Selsfaktoren ermöglicht die Erhöhung der Leistung um 30 Prozent und die Herabsetzung der Arbeitskräfte, weil der Selsfaktor zur Bedienung drei, die Ringmaschine aber nur zwei Personen braucht.

Bankengelek im Druck.

Keine Annäherung in der Spiritusfrage.

Prog. 5. Feber. Nach einer letzten Revision durch das engere Ministerkomitee ist heute der Regierungsentwurf des Bankengesetzes in Druck gegeben worden, so daß bestimmt mit der Vorlage des Entwurfes in der nächsten Kammer-session am 11. ds. zu rechnen ist.

Heute besaßte sich ein Komitee der Koalitionsparteien mit der von den Agrariern verlangten Spiritusbewirtschaftung zum Bezug, soweit es als Motorbetriebsstoff dient. Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um die Preisfestsetzung des neuen Gemisches; eine Einigung konnte heute nicht erzielt werden.

Die Vertreter der ebiden sozialdemokratischen Parteien stehen ebenso wie die der tschechischen Nationalsozialisten auf dem Standpunkt, daß die Frage der Spiritusbewirtschaftung nur so behandelt werden kann, wie sie es bereits zu Beginn der Verhandlungen grundsätzlich zum Ausdruck gebracht haben, daß nämlich der gesamte Komplex der Spiritusfrage in die Verhandlungen einbezogen wird und daß durch die Mischung keine Verteuerung des Brennstoffes erfolgen darf.

Kündigung der Tarifverträge in der Metallindustrie Nord- und Ostböhmens.

Der Deutsche Hauptverband der Industrie hat am 1. Feber d. J. folgende Tarifverträge der Metallindustrie gekündigt: Tarifvertrag für Warnsdorf, Rumburg, Georgswalde und Böhm.-Rammitz, Tarifvertrag für Reichenberg, Grottau, Friedland, Reustadt und Sandau sowie den Tarifvertrag in Trautenau für das ganze ostböhmisches Gebiet. Es kommen annähernd 5000 Metallarbeiter in Frage.

Die Unternehmer verlangen einen 15prozentigen Abbau der gegenwärtigen Löhne. Schon im vorigen Jahre ist ein Abbau in diesen Vertraggebieten durchgeführt worden, welcher im

Durchschnitt 5 Prozent betragen haben dürfte. Aber neben diesem verhältnismäßigen Abbau hat eine größere Anzahl der Unternehmer den Krisenzustand benützend einen allmählichen Abbau der Affordöhe durchgeführt, so daß also der Lohnanteil an den Produktionskosten ohnehin schon bedeutend gesenkt wurde.

Es ist besonders bemerkenswert, daß gerade der Deutsche Hauptverband der Industrie, also die deutschen Unternehmer es sind, die in erster Linie die Kollage der deutschen Arbeiter ausnützen, um ihre schon ohnehin schlechte Wirtschaftslage noch mehr zu verschlechtern. Wie aus den Statistiken der Arbeitslosigkeit hervorgeht, leidet die deutsche Arbeiterschaft am schwersten in diesem Staate unter der Wirtschaftskrise. Es sollen nun aber auch jene Arbeiter, die noch im Betriebe stehen in Mitleidenschaft gezogen werden und ihnen die ohnehin kärglichen Verdienste gekürzt werden.

Die Unternehmer irren sich jedoch, wenn sie glauben, daß die Arbeiter infolge der Wirtschaftskrise sich widerspruchslos ihre Lebenslage noch weiter verschlechtern lassen.

Zur Lage der Selbstverwaltungsfinanzen.

Einsetzung einer Kommission. Beratungen der Vertreter der tschechischen Gemeinden und Bezirke.

Wie die „Lidové Roviny“ melden, beabsichtigt der Finanzminister eine besondere Kommission zu ernennen, welche den Stand der Selbstverwaltung überprüfen und Anträge auf Novellierung des Gesetzes über die Finanzen der Selbstverwaltungskörper ausarbeiten sollen.

Dasselbe Blatt meldet, daß am 4. Feber in Prag eine Enquete des Verbandes der tschechischen Bezirke und Gemeinden stattgefunden hat, in der Landesvertreter Kypz den Vorsitz führte, während das Referat Dr. Klappa erstattete. Einzelne Redner sprachen dort die Ansicht aus, daß die Selbstverwaltung heute nicht mit der Hilfe des Staates rechnen, sondern sich selbst helfen müsse. Deswegen müßten Budgets und Ausgaben stabilisiert werden.

Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Behelfe für die Frauen-Verbeaktion.

Für die Verbeaktion sind sieben Lichtbildstreifen (79 Bilder) „Motive aus der Erziehung der Frauen und Mädchen“ und der abendfüllende Film „Die Frau und der Arbeitssport“ zur Verfügung, die vom Sekretariat des „Arus“ in Auftrag genommen sind. Für den Film ist pro Tag eine Leihgebühr von ungefähr 100 K zu entrichten, für die Lichtbildstreifen 6 K. Der Film steht nur für die Zeit vom 15. März bis 15. April zur Verfügung. Bestellungen müssen rechtzeitig vorgenommen werden, widrigenfalls eine Zuteilung nicht erfolgen kann. Film und Filmstreifen sind von der Leipziger Bundeschule hergestellt.

Radiohörer — Achtung!

Mittwoch, den 17. Feber l. J., spricht in der deutschen Arbeiterzeitung Prag um 18.30 Uhr der Erzieher des Kuffler Bezirkes, Genosse Heizer, über „Kind und Bühne“. Es ist dies ein Auszug aus seinem auf der Theaterspielleitertkonferenz in Teplitz-Schönau gehaltenen Vortrage. Vereitete Hörgemeinschaften vor.

Vom bürgerlichen Sport.

Der deutsche Fußballverband in der Tschechoslowakei hielt am vergangenen Sonntag in Reichenberg seinen Verbandstag ab. Dori wurde berichtet, daß im letzten Jahre ein Zuwachs von 22 Vereinen, 1957 aktiven Spielern und 3775 Vereinsmitgliedern zu verzeichnen ist. Die Zahl der Vereine beträgt nunmehr 201 der Mitglieder 20.101 (davon 14.361 aktive und 15.740 beitragende). 2572 Spieler sind unter 18 Jahren. Die Zahl der Jugendspieler stieg gegenüber dem Vorjahre von 1788 auf 2124.

Die katholische Sportbewegung Deutschlands gewinnt immer mehr an Bedeutung. Die „Jugendkraft“ gibt die Zahl ihrer aktiven Mitglieder mit 221.000, darunter 62.000 Fußballer, an. In Münster i. W. besitzen sie eine eigene Reichsleherschule, in der im verfloßenen Jahre 23 Lehrgänge mit 477 Teilnehmern stattfanden. Ein Wanderlehrer besucht die Kreisgebiete und konnte im Jahre 1931 3108 Kursteilnehmer unterrichten. Das Fußballspiel findet eifrigste Förderung.

Geistiger Rückfall.

Der bekannte amerikanische Journalist A. Knickerbocker, der über Sowjetrußland ein interessantes Buch schrieb, bereist nun Deutschland und veröffentlicht seine Beobachtungen im „Berliner Tageblatt“. In der Nummer vom 4. Feber veröffentlicht er einen recht interessanten Artikel unter der Ueberschrift „Falkenstein — Flucht in die Religion“. Falkenstein ist jener 15.000 Einwohner zählende Ort im sächsischen Erzgebirge, wo 1920 der kommunistische Führer Bötz gewaltsam die Diktatur aufrichtete. Es ging damals einige Wochen lang recht toll zu. Eine Anzahl Villen ging z. B. in Flammen auf. Im Jahre 1921 wurde Bötz zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt. Seit Jahren befindet sich Bötz in Rußland. Knickerbocker berichtet, daß es in Falkenstein heute 7500 Arbeitslose gibt. Es ist prozentuell der höchste Stand der Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland. Knickerbocker schreibt, daß die Bevölkerung, die 1920 kommunistisch war, jetzt die — Bibel in der Hand hat. Die evangelische Kirche, welche jetzt 13.000 Seelen zählt, hat einen ungeheuren Zulauf, ebenso die katholischen Seelen, die im Erzgebirge daheim sind. Alle Kränze und Befeile sind überflüssig. Eine evangelische Sonderabacht zählte 2200 Teilnehmer. In der Regel sind durchschnittlich 700—800 Andächtige beisammen. Ausdrücklich hebt der Verfasser hervor, daß seinerzeit nur wenige Kommunisten der Kirche den Rücken kehrten. Das hungernde Volk in Falkenstein bete und bete, aber es werde nicht besser. — Dieser Rückfall der Bevölkerung in das Reich der religiösen Mystik ist überaus leuzzeichnend und eine Erwidnung, die in der Geschichte nicht einzig dasteht. Auch aus Sowjetrußland berichtet man, daß dort die religiöse Welle trotz aller Propaganda der Gottlosen eher erstarbt denn abebbt.

277.000 Stimmen für Hindenburg.

Berlin, 5. Feber. Nach den bisherigen Feststellungen haben sich für die Volkskandidatur Hindenburgs insgesamt 277.000 Personen eingetragen, davor in Berlin insgesamt 63.000.

Neue Erdhöhe auf Kuba.

Paris, 5. Feber. Sabas berichtet aus Havanna: In Santiago de Cuba wurden neue, überaus starke Erderschütterungen verspürt. Der ersten Meldung zufolge wurden mehrere hundert Personen verwundet. Die bestürzte Bevölkerung ist auf das Land geflüchtet.

Die Sprachenprüfungen bei den Eisenbahnen.

Amlich wird gemeldet: Die Nachrichten einiger Tagesblätter über eine angebliche Mahnahme des Eisenbahnministeriums in Angelegenheit der Sprachenprüfungen im Ressort der Staatsbahnverwaltung beruhen nicht auf Wahrheit.

Tagesneuigkeiten

Der heilige Gendarm von Rappelsdorf.

Es trifft sich gut, daß fast zur selben Zeit, da Hillers Einbürgerung als Gendarm von Hildburghausen bekannt wird, die Kunde von einem Dokument nationalsozialistischen Personenkultes in die Öffentlichkeit dringt, das keinesgleichen sucht. In Königsberg in Ostpreußen erscheint als Organ der Nationalsozialisten die „Preussische Zeitung“, herausgegeben von dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Koch. Dies Blatt empfiehlt am 29. Jänner 1932 den Nationalsozialisten, sich einen Hausaltar zuzulegen. Es schreibt darüber:

„Wenn wir von der Tatsache ausgehen, daß der Altar in den Kirchen beider Konfessionen den Haupt- und Mittelpunkt ausmacht, um den sich das kirchliche Leben dreht, so können auch Andersdenkende nichts dagegen sagen, wenn wir in unserem Heim ein Plätzchen, das der Ehrung Hillers dient, mit Altar bezeichnen.“

Hiller ist das A und O unserer Weltanschauung, ist der unerrückbare Mittelpunkt unseres politischen Denkens und Tuns. Jedes nationalsozialistische Haus muß eine Statue, einen Platz haben, wo der Führer uns greifbar nahe ist, und unsere Gedanken ihn merkbar umkreisen können. An solcher Stätte müssen ihm auch gebefreudige Hände und Herzen tägliche kleine Ehrungen in Form von Blumen und Kerzen darbringen,

wie wir es ja mit Bildern unserer Liebenden auch tun, um zu zeigen, wie lieb und wert sie uns sind. Wer uns über bescheidene Mittel verfügt, wird ein Bild unseres Führers auf einem geeigneten kleinen Tisch aufbauen und diesen in geeigneter Weise schmücken. Wer heute noch eine etwas vollere Börse hat, wird sich eine gute Platte von Hiller beschaffen, oder ein großes Bild von ihm, eine Kopiezeichnung oder ein Selbstbild. Gedanken und Wünsche sind Kräfte. Unterstützen wir diese Kräfte nicht! Wenden wir diese geistige Waffe ausdrücklich und nachgiebig an, denn sie übertrifft an Wirksamkeit alle anderen. Heil Hiller!“

Der heilige Adolf in der Zimmerrede mit Weiswasserfessel, Blumen und Kerzen, vielleicht auch ein ewiges Licht dazu, weil sein eigenes schon nicht leuchtet! Ist das nicht ein Gipfelstück deutscher Kultur? Können wir uns da noch immer nicht mit der Zulut und Dostojewski messen? Und wo soll der Altar aufgestellt werden?

„Einen solchen Altar errichten wir uns nicht in einem abgelegenen Zimmer, sondern in den von uns am meisten benutzten Räumen, die auch fremden Menschen jederzeit zugänglich sind.“

Das sicherste wären die öffentlichen Bedürfnisanstalten, die doch heute schon mit den Parolen „Heil Hitler“ und „Juda verrotzt!“ sowie mit Hakenkreuz-Ornamenten und anderen obliquen Zeichnungen im Ueberflut geziert sind.

Denn Fried hatte Recht, als er Hitler zum Gendarmen von Hildburghausen machte. Hildburghausen ist der Sitz der thüringischen Jernanalt; der Volksmund nennt es deshalb Rappelsdorf. Und dorthin gehören doch nachgerade die Leute, die dem Adolf einen Hausaltar bauen!

Mißglückter Anschlag auf den norwegischen Kriegsminister.

Oslo, 5. Febr. Der Leiter der Kriminalabteilung teilt mit: Als der Verteidigungsminister Viknan Quisling Dienstag nachmittag in seine Amtsräume im Verteidigungsministerium kam, um Dokumente zu holen, wurde er im Dunkel plötzlich von einem oder von mehreren Männern überfallen, von denen einer versuchte, ihn mit einem Messer in die Brust zu stoßen. Es gelang dem Minister jedoch, den Messerstich abzuwehren. Aber es wurde ihm gleichzeitig ein Schlag auf den Kopf versetzt, so daß er umfiel und eine Zeitlang bewusstlos blieb, während dessen es den Tätern gelang, zu verschwinden. Der Minister hat bei dem Überfall keinen dauernden Schaden erlitten und konnte schon am nächsten Tage seine Amtspflichten erfüllen. Eine polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

Die Osloer Morgenblätter erklären zu dem Nordanschlag auf den Verteidigungsminister, die Angreifer hätten die Absicht gehabt, sich militärischer Dokumente zu bemächtigen. „Ebens Teigen“ vermutet, die Angreifer seien von der russischen Geheimpolizei gesandt worden, um bestimmte Dokumente über die norwegische Nationalverteidigung zu entwenden.

Steuereinhaltungen mit Brachialgewalt.

Ein Befehl des ungarischen Finanzministeriums. Rajshau, 5. Febr. Der morgige „Slovenitz Wochen“ veröffentlicht eine Meldung aus Budapest über zwangsweise Steuereinhaltungen in Ungarn. Das ungarische Finanzministerium erließ den Befehl zu einem scharfen Vorgehen bei der Forderung von Steuererhebungen, bei denen künftighin auch Brachialgewalt angewendet werden soll. Die mit der Steuereinhaltung betrauten Notare werden häufig mit beträchtlichen Strafen belegt, die in den Fällen, in welchen der Erfolglosigkeit der Steuereinhaltung nicht die

Hitler bei den Scharfmachern.

Diner im Langnamverein.

Dieser Tage hat Adolf Hitler Düsseldorf besucht. Er kam im Zug aus, mochte im nobelsten Hotel, dem Parkhotel, und der Zweck seines Aufenthalts war eine Konferenz mit den — Arbeitern? Peleide, nein, mit den Großunternehmern, die im Langnamverein vereinigt sind. Dieser Langnamverein ist bekannt als der Verband der Scharfmacher. Zu Pfingsten vorigen Jahres hat er sein Programm, Aufhebung des Tarifrechts, Beseitigung aller „sozialen Lasten“ und ähnliche Unternehmerrwünsche, proklamiert. Die nationalsozialistische Presse war die einzige, die dieses Programm zu billigen wagte. Der Nationalsozialismus ist leibter auch in engster Fühlung mit dem Langnamverein geblieben. Nun war Adolf bei ihm zu Gast.

Der Empfang fand im feudalen „Industrieklub“ statt, hinter eisernen Gitterläusen, die trotz Sonnenschein schon um fünf Uhr nachmittags heruntergelassen wurden. Dort hat Adolf mit den Stinnes, Thyssen und Kirdorff diniert und debattiert. Was sie sprachen? Noch hat man es nicht erfahren. Aber es wird wohl das gleiche gewesen sein, was Adolfs Wirtschaftschefmann Dr. Wagener schon am 7. November denselben Herren in Düsseldorf als nationalsozialistisches Programm verkündet hat:

„Wir wünschen in Zukunft die unterste Festlegung eines Lohnes als unabdingbar, der dem Existenzminimum entsprechen müßte. Darüber hinaus soll aber keine Bindung bestehen, so daß für den Leistungslohn Raum geschaffen wird.“

„Alles andere soll aber im Betrieb vereinbart werden. Künftig werden die Betriebsräte mit dem Unternehmer beraten. Entscheiden muß natürlich stets der Unternehmer.“

Weiß man nicht genau, was sie sprachen, so weiß man wenigstens, was sie speisten. Das Gedul für einen dieser Arbeitslofen kostete 21 Mark (170 K). Hier die Menükarte:

- Caviar Beluga Malosol
- Austern Imperials
- Gemischte Vorspeisen
- Kraftbrühe mit Gemüseessig
- Rheinsalm gekocht mit Anchovistunke und Dampfkartoffeln

Assistenz von Gendarmen in Anspruch genommen wurde, noch erhöht werden. Mit Rücksicht auf die große Erörterung der Bevölkerung verlangen die Notare, daß die Steuerbehörden das Odium wegen des jähren Vorgehens bei den Steuererhebungen auf sich nehmen und ihre Vertreter zu den Exekutionen entsenden. Bei den Exekutionen wird von niemandem aus der Gemeinde auch nur der geringste Preis geboten, so daß sie in der Regel ergebnislos verlaufen. Answärtige können nur in Begleitung von Gendarmen, die sie vor der aufgebrachten Bevölkerung schützen, an den Exekutionen teilnehmen.

Die schärfste Verfügung, die wegen der erfolglosen Steuereinhaltungen erlassen wurde, ist jene, auf Grund deren die Notare die auf den Markt gehenden Personen in Evidenz führen sollen. Auf dem Heimwege sollen sie sie anhalten und ihnen bei der Leibesvisitation den Gelderlös abnehmen. Falls der Notar dieser Anordnung nicht entsprechen könnte, soll er die Polizei oder die Gendarmerie zu Hilfe rufen.

Sipfelsturz am Antogel.

Wien, 5. Febr. Wie die Blätter melden, ist zwischen Gastein und Mallnig in den Hohen Tauern ein Teil des Antogel-Sipfels abgestürzt. Das den alten Besuchern wohlbeliebte charakteristische Horn des Antogel ist dadurch verschwunden. Durch den Gesteinsturz ist niemand zu Schaden gekommen.

Beauchamais in Pantheon.

Paris, 5. Febr. Laut „Excelsior“ wird der Unterrichtsminister den Antrag einbringen, die sterblichen Ueberreste des Dramatikers de Beauchamais, des Autors von „Figaros Hochzeit“, dessen 100. Wiederkehr seines Geburtstages dieser Tage gefeiert wurde, ins Pantheon zu überführen.

Ein Berliner Alchimist macht Gold aus Quarz.

Paris, 5. Febr. Der Alchimist Ingenieur Dunitzowski führte gestern im ganzen vier Versuche der künstlichen Gewinnung von Gold aus Quarz aus. Die zwei ersten mißlingen, bei dem dritten kam ein wenig Goldsand zum Vorschein, der vierte Versuch wurde mitternachts infolge Kurzschlusses unterbrochen. Ing. Dunitzowski schmilzt Quarzsand bei einer Spannung von 110.000 Volt und durchleuchtet ihn mit radioaktiven „Gamma“-Strahlen seiner eigenen Konstruktion. Der Miniaturapparat, auf dem Dunitzowski gestern seinen Beweis zu erbringen suchte, kann 50 Gramm Sand fassen. Der Ingenieur bot, seinen großen Apparat verwenden zu dürfen, der 350 Gramm Quarz bei einem Versuch und eine Tonne Quarz während eines Tages löst. Dieser Apparat wurde jedoch beschlagnahmt und befindet sich im Verfabant. Die Versuche werden in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Kalkskotolette im Ofen gebacken, mit Spinat und Bratkartoffeln Sahneolshuppen

Dazu es Zeit. Ob Adolf außer der Mahlzeit noch was bekommen hat? Auch das weiß man nicht. Aber wiederum weiß man, was sein Herr Dr. Wagener vor ein paar Monaten den Nazi-Organisationen durch ein Rundschreiben eingeschärft hat. Die „Leipziger Volkzeitung“ bringt das Faksimile des Schreibens mit Wogeners eigener Unterschrift. In dem Rundschreiben wird von den „Wirtschaftspolitischen Vereinigungen“ in der NSDAP gesprochen. Dann heißt es:

„Nun ist ferner bekannt geworden, daß von seiten einzelner Persönlichkeiten diese wirtschaftspolitischen Vereinigungen dazu benützt werden, um Geldmittel für irgendwelche Zwecke zu bekommen. Ich stelle fest, daß nur die Gauleitung in der Lage ist, innerhalb ihres Bereichs Sammlungen durchzuführen. Demnach können auch innerhalb der Mitglieder solcher wirtschaftspolitischen Vereinigungen nur auf Anordnung des Gaues Geldspenden gesammelt und erbeutet werden. Es muß gerade innerhalb der Wirtschaft unter allen Umständen vermieden bleiben, daß Ping und Runge erscheint und mit irgend einem mehr oder weniger einflußreichen Rechtsmittel Sammlungen vornimmt.“

Die Folge davon ist nur, daß die Persönlichkeiten der Wirtschaft ruhig werden und mit der Zeit überhaupt davon abkommen, Mittel zur Verfügung zu stellen. Außerdem kann nur der Gauleiter selbst am besten beurteilen, von wem er Spenden entgegennehmen kann und auf welchen Spenden man wohl besser verzichtet.“

In kleinen Fällen entscheidet der Gauleiter, in großen — doch wohl der Führer?! Und wenn man von wem ein Diner annimmt, dann wird der nicht zu schlecht sein, um auch was anderes von ihm anzunehmen. Und wenn der Gauleiter die kleinen Schnorträge kassiert, so wird zum Johanne eines ganz großen Schecks wohl ein ganz Großer delegiert werden? Dazu also war Adolf in Düsseldorf? Ach, natürlich nur, um Kraftbrühe zu lösen und Rheinsalm mit Dampfkartoffeln zu kosten!

Kaufleute im „Streit“ gegen Elektrizitätswerk. Aus Uhorod wird uns geschrieben: In Berehovo ist ein furioser Streit ausgebrochen, der bereits eine Woche währt und allem Anschein nach noch einige Zeit andauern dürfte. In Berehovo wurde die Fernleitung der PWE (Karpatenrussischen Elektrizitätswerke) eingeführt, welche die Stadt sowie andere Städte Karpatenrusslands mit Strom versorgt. Da der Strompreis teilweise erhöht wurde, beschloßen die Geschäftsleute und Gewerbetreibenden der Stadt, solange keine Elektrizität abzunehmen, bis die Direktion der PWE in Uhorod den Strompreis herabsetzt. Und so schließen die Geschäfte täglich mit Einbruch der Dunkelheit und leuchten, wo dies erforderlich ist (Apotheken u. a.), mit Kerzen und Petroleumlampen.

Verkehrshauptmann tödlich verunglückt. Gestern früh gab der Verkehrswachmann in der Straße Gesslofenstrich legte in Budweis einem entgegen den Verkehrsregeln nur mit einem Reflektor beleuchteten Personenkraftwagen das Haltzeichen. Das in voller Fahrt befindliche Auto konnte nicht sofort stoppen, warf den Wachmann auf dem Steinpflaster zu Boden und fuhr noch etwa 20 Meter weiter, um dann auf dem Trottoir stehen zu bleiben. Der Chauffeur des Autoverkehrersfirma Kuzelka in Budweis gehörigen Automobils besorgte sofort die Ueberführung des Verletzten ins Allgemeine öffentliche Krankenhaus. Polizeioberwachmann Johann Hapfel, 46 Jahre alt, erlitt einige schwere innere Verletzungen, einen beiderseitigen Bein- und einen Rippenbruch. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der Vorfall wird untersucht.

Das Boot des U-Bootes „M 2“ liegt, wie die Londoner Blätter melden, Seite an Seite mit einem während des Krieges gesunkenen deutschen U-Boot und einer britischen U-Bootsfalle, einem sogenannten Lu-Boot.

Laßung im Schnee. Zwischen den slowakischen Stationen Bratislava und Strba blieb Donnerstag nachmittags ein Laßzug in den Schneedeckungen stecken. Bei dem Versuch, die Strecke freizulegen, entgleiten acht Waggons. Obwohl sofort eine Hilfsaktion eingeleitet wurde, stockte der Verkehr trotzdem von 14 bis 21.30 Uhr, so daß die Züge in ihren Endstationen mit bedeutenden Verspätungen eintrafen. So z. B. traf der Prager Schnellzug in Rajshau mit einer Verspätung von 228 Minuten ein.

Mord. Aus Rajshau wird gemeldet: In der Gemeinde Stara bei Michalobce wurde der 54jährige Landwirt Johann Natura, der mit seinem Schwiegersohn einige Anstimmigkeiten hatte, ermordet. Während eines Streites erhielt Natura 14 Stichwunden mit einem Messer. Drei bei der Kauferei anwesende Personen, darunter sein Schwiegersohn Michal Petroc, wurden verhaftet.

Warum? Ein unbekanntem unkommercieller Mann gab Donnerstag abends in einem Haus in Dresden auf einen heinleuchtenden 40jährigen Kaufmann und dessen Wirtschaftlerin aus bisher unbekanntem Gründen mehrere Schüsse ab, die den Kaufmann tödlich verletzten.

Vom Rundfunk

(Empfehlenswertes aus den Programmen.)

Samstag:
Prag: 11.00 Schallplatten. 15.30 Lustige Lieder. 18.25 Deutsche Sendung: Jugendliebe mit Musik. 19.20 Schallplatten — Brünn: 10.10 Orchesterkonzert. 18.25 Deutsche Sendung: Leichte Schallplattenmusik. 20.15 Ein halbes Jahrhundert im Kabarett. — Berlin: 18.30 Beethoven: Quartett Es-Dur. — Breslau: 18.55 Aus Operetten. — Königsberg: 16.15 Blasmusik. — Leipzig: 19.30 Duos für Viola und Klavier. — München: 19.35 „Häufig“, Operette von Suppé. — Wien: 20.00 „Die drei gestrichelten Kammer“, Oper nach Keller. 22.15 Konzert.

Die Verletzungen der Frau sollen nicht lebensgefährlich sein.

Die Braut erschossen. In Ludwigs-hafen (Schw.) ein 27jähriger Mann nach kurzem Wortwechsel zweimal auf seine Braut, die so schwer verletzt wurde, daß sie bald darauf starb. Der Täter beging dann Selbstmord.

Verbrecher mit Maschinengewehr. Aus Washington wird gemeldet: Verbrecher, die in einem Auto fahren, schossen Freitag mit einem Maschinengewehr in dem Vororte Taloma Park zwei Mädchen und in einem anderen Stadtteil einen Mann nieder.

Ueberfahren und getötet. Donnerstag nachmittags wurde bei Kralovitz Chlumer in der Ostföwskoi die 68jährige Maria Kurava von einem Auto überfahren und getötet. Der Kauteler konnte nicht festgenommen werden, sein Name ist jedoch bekannt.

Kaiserreichhaus „Königshöhe“ (Seehöhe 850 Meter). Weiterbericht: Schnegöhe: 90 Zentimeter, Neuschnee: 10 Zentimeter. Schifahrt: gut, Nebelbahn: sehr gut, Temperatur: —5 Grad, Wetterlage: Schnee zu erwarten.

Außerordentliche Sprachschwierigkeiten gab es Donnerstag beim Schiedsgericht des Berliner Amtsgerichts Mitte, wo ein Chinese, der wegen Schleichversteuern angeklagt war, verantworten sollte. Der vom Gericht geladene Dolmetsch für chinesische Sprache konnte den Angeklagten nicht verstehen, weil dieser einen ihm unbekanntem Dialekt sprach. Deshalb mußte für den Sprachschwierigkeiten ein weiterer Dolmetsch hinzugezogen werden, der zwar überhaupt kein Deutsch, dafür aber, wie er wenigstens behauptete, sämtliche chinesischen Dialekte sprach und sich auch vollständig mit dem Angeklagten verständigen konnte. So konnte die Verhandlung auf dem Umwege über die beiden Dolmetscher schließlich durchgeführt werden und der Chinese erhielt seine drei Tage Haft.

Neugeborenes im Düngerhaufen verrotzt. Auf einem Bauernhofe in Schima bei Wellemin hörte ein Tagelöhner aus dem Düngerhaufen ein schwaches Blimmern, und als er nachschauen hielt, entdeckte er ein neugeborenes Kind, das mit Stroh zugedeckt war. Er meldete seine Wahrnehmung dem Bauern, der die Gendarmerie verständigte. Die auf dem Hofe vorgefundene Blutspuren hatten es inzwischen ermöglicht, die Kindesmutter in der Wöhrligen Dienstmagd Wilhelmine Busch ausfindig zu machen. Bei der von der Gendarmerie vorgenommenen Einnahme gab das Mädchen an, es habe in früher Morgenstunden das Kind geboren, doch sei bei der Annahme gewesen, es sei tot, weshalb sie es auf den Düngerhaufen getragen und mit Stroh zugedeckt habe. Da die Busch durch die Geburt sehr mitgenommen war, wurde sie mit dem kleinen Edelebürger, der nur durch einen Unfall am Leben geblieben ist, dem leitmeriger Krankenhaus eingeliefert, es wurde jedoch gleichzeitig gegen sie die Strafanzzeige erstattet.

Das Sommersemester an der Prager deutschen Universtität beginnt am 16. Febr. Aus dem selben erschienenen Vorlesungsverzeichnis seien folgende Vorlesungen, die vielleicht größeres Interesse erwecken, hervorgehoben: An der juristischen Fakultät: Weisfäcker, Rechtsgeschichte von Stadt und Herrschaft Romant; Sander, Allgemeine Staatslehre; Schronil, Arbeitsrecht; Adler, Das tschechoslowakische Parlamentswahlrecht; Polstn, Geschichte der Rechtsphilosophie; an der medizinischen Fakultät: Grosser, Grundzüge der somatischen Anthropologie; Lippich, Gerichtliche Chemie; Imhofner, Die Krankheiten der Sprache und Stimme; Klein, Soziale Hygiene der Frau; Hecht, Kosmetik der Haut; Fischer, Okulte Pathologie; Löwy, Klinik der Berufskrankheiten; an der philosophischen Fakultät: Weigel, Versuchsschulen der Gegenwart; Stein, Römisches Privatleben; Hignier, Russische Geschichte des 18. Jahrhunderts; Die Geschichte der ostindischen Kolonisation; Chyraz, Schiller; Jungbauer, Volksglaube und Volksgesänge; Gesele, Kulturgeschichtliche Volks- und Landeskunde von Jugoslawien und Bulgarien; naturwissenschaftliche Fakultät: Sedlmayr, Allgemeine Wirtschaftsgeographie; Caruay, Einführung in wissenschaftliche Philosophie. — Bei dieser Gelegenheit seien die Kandidaten der Universtität darauf verwiesen, daß es für die Studierenden nützlich wäre, wenn das Vorlesungsverzeichnis genaue Daten über alle Prüfungen für Inspektionen, Immatrikulationen, Prüfungstermine, die Vorschriften über die verschiedenen Zeremonien und anderen nun einmal vorhandenen Ueberlieferungen enthielte, mit denen die Studenten geplagt werden und deren Befreiung der Interessen ist mit finanziellen Opfern verbunden ist, die für ärmere Studierende unerschwinglich sind. Die Befreiungsbeamten setzen zwar voraus, daß jedem Menschen die Gabe angeboren ist, all diese Vorschriften einsehen zu können, aber für die normale, außerhalb der Phantasie eines Hochschulbüchkraters existierende Welt wäre es doch wünschlich, über Dinge Aufklärung zu schaffen, die man sich sonst erst in jahrzehntelanger, meist schmerzlicher Erfahrung aneignen kann!

PRAGER ZEITUNG.

„Kabale und Liebe“.

Ein Wort über die Zukunft des Schauspielers am NDTh.

Die donnerstägige Aufführung von „Kabale und Liebe“ sollte, wie mit mehr minder großer Bestimmtheit wiederholt verlautete, eine Art Generalprobe unseres Schauspielers vor dem neuen Direktor des deutschen Theaters sein. Das Stück ist dazu nicht schlecht gewählt, es stellt keine übertriebenen Ansprüche, bietet aber doch genug Prüfstelle für die Träger der großen Rollen und, da es vor nicht zu langer Zeit einmal in heimischer Besetzung, einmal mit zwei Gästen gespielt wurde, auch einen gewissen Vergleichsmassstab. Es wäre aber verfehlt, nun doch noch dem Ergebnis dieser Generalprobe ein abschließendes Urteil über Künstler zu fällen, die ihre unbestrittenen Verdienste längst gutgeschrieben haben. Auch ein neuer Direktor wird gut daran tun, zur Beurteilung auch die Leistungen des Ensembles aus jenen Jahren heranzuziehen, da es noch nicht völlig gewöhnt und von der Pflege des klassischen Dramas abgelassen war.

Im großen und ganzen war die Aufführung ein Beweis für die im Vergleich zur Oper von uns immer gerühmte Tragfähigkeit des Schauspielers am deutschen Theater. Unmittelbar machte sich nur der Mangel einer wirklichen Heroine fühlbar, wie wir sie zuletzt in Frau Olga hatten, die gerade als Lady Wilford eine unvergleichliche und an höchsten Vorbildern meßbare Gestaltungskraft gezeigt hatte. Die so wichtige Rolle des ständischen Dieners war leider fehlbesetzt, so daß die große Szene des Abends — sie ist bis heute eine der größten der dramatischen Dichtung überhaupt geliebten — als dekorative Episode verpuffte. Das legt aber nicht daran, daß wir keinen Darsteller für sie hätten (Höglin, Renner, Taub wären ihr sicher gewachsen), sondern an einer Leitung, der jeder Blick für die richtige Glacierung der Darsteller fehlt. Zur Gesamtanführung sei gesagt, daß Viebi als Regisseur seine Stärken wie seine Schwächen zeigte, jene in der sauberen Herausarbeitung der dramatischen Gestalt — die erwähnte Dienerszene ausgenommen — seine Schwäche in der unmotivierten und lährenden Dehnung der Szenen vor der Katastrophe; schon im dritten Akt (gewöhnlich muß der vierte dran glauben) hatte die Szene zwischen Luise und Wurm weniger spannende als ermüdende Sätze; der vierte Akt wurde durch radikale Striche gekürzt, im fünften aber, was so am Dichter einspart worden war, auf sinnlose Dehnung der Szenen verschwendet. Es wäre wahrlich besser, weniger Szenen zu streichen, dafür aber flotter zu spielen. Ich erwähne diesen Umstand nicht zuletzt aus dem Grunde, weil die Darsteller unter solcher Regieführung leiden. Viebi läßt sie bei fast dunkler Bühne — auch das eine seiner Leidens — und oft über vermehrten Marotten — spielen, dadurch wird die Verständlichkeit des gesprochenen Wortes wie der Geste vermindert, die Pausen zwischen den Sätzen, das endlose Umhererschleichen im Dunkeln erzeugen im Hause eine begriffliche Unruhe, die bald wieder auf die Nerven und die Stimmung der Künstler rückwirkt. Das Ergebnis ist dann wie diesmal die Szenenlänge, totale Unverständlichkeit der Hauptdarstellerin. Wenn Frau Halobanicz im fünften Akt nicht nur zu leise, sondern schließlich auch zu nervös wurde, so möchte ich die Hauptursache davon der Regie zuschreiben, die Situationen wie die eben geschilderte immer wieder herbeiführt.

Die Luise der Halobanicz kann sich im übrigen neben der ihrer Vorgängerin — seit Jahren verzieht das Theater ja auf eine jugendliche Heldin — sehr gut sehen lassen. Sie fällt ein wenig ab gegen die Luise der Julia Jannsen, die man gelegentlich des erwähnten Casspius sah und die aus einem Guß war, das unirdisch feraphische Wesen der Wertherzeit, dessen Schwarmgeist und empfindsamem Herzen man den heroischen Bergstahl wie die glühende Liebe gern zutraute. Die Halobanicz spielt die Luise als frisches unproblematisches Bürgermädchen, am besten in den Eingangsszenen, ergreifend und überzeugend auch an den Höhepunkten, in Angst und Not der gehetzten, die Dinge nur ahnenden, maßlos mißbrauchten Frau; sie verliert leider aus den oben erörterten Gründen in den Szenen vor der Katastrophe, bei der selbst sie wieder den Wuchs der ganzen Figur erzeigte. Schlägt man die nur zu leicht begreifliche Nervosität der Künstlerin zu, der wie verlautet in den Tagen vor der Aufführung von einer verständnislosen Bühnenleitung allerhand zugemutet wurde, so wird man einer Verwendung der Halobanicz im Hause der jugendlichen Heldin gern zustimmen. Auf jeden Fall möchte man eine Künstlerin, die im ersten Jahr ihres Engagements als Heilige Johanna, als Luise, als Polly in der „Drei-Groschenoper“, die dann als Katharina Knie und in mancher andern Rolle unbestrittene, ja teilweise große Erfolge hatte, nur ungenügend sehen, zumal da wir überzeugt sind, daß es nicht an der ihr lag, wenn sie plötzlich fastgestillt und von ihrem Gebiet abgedrängt wurde.

Eine glänzende Leistung war Leitgeb's Ferdinand. Ich streife nicht an, diesen feurigen, im besten Schillerischen Sinne „edlen“ Jüngling den Vorzug vor Paul Hartmann's kalter Granitgestalt zu geben. Hier haben wir den jugendlichen Helden, der auch verwöhnten Ansprüchen genügt, temperamentvoll, sprechföndig und durchaus die Figur nicht nur eines Ferdinands, sondern auch eines Max Piccolomini oder Mortimer. Die bedauerlich, daß man diesen Künstler jahrelang den letzten Schwandred spielen ließ!

Schindler's Präsident verrät den Schauspieler von Tradition, Geist und Geschmack. Man

glaubt ihm die kalte Dämonie des ehrgeizigen Strebers, weniger wohl, daß vor ihm ein Herzogtum zittert. Die Distanz von dem bloßen Intriganten Wurm war nicht immer deutlich genug. Alles in allem ein Charakterspieler von Rang, den man gern als Rephiso sehen möchte, dem man einen Geßler schon zutraut, der aber kaum ein vollkommener Philipp, ein Albo, ein Veer, ein Schlad ist. Auf ihn verzichteten, hieße eine wertvolle Kraft preisgeben, sich mit ihm allein begnügen, den Schauspiel gewisse Bezirke weiter verschlossen zu halten.

Ströblins Wurm, Badlesats Pomarschall Kalk waren erfreulich geschlossene Leistungen. Kästner (Miller) polierte am Anfang mehr als nötig, gewann aber später die richtige Linie zwischen Raubbein und jählichem Vater. Die Millerin der Frau Medelsky war wohl um eine Nuance zu weit ins Barocke verlegt, was wiederum mit der viel zu seltenen Verwendung der Künstlerin im klassischen Drama zu erklären und zu entschuldigen ist. Daß Frau Ondra eine tolle Wilford ist, weiß sie selbst, die in eine Lücke einsprang, wohl am besten. Ihre Verdienste liegen auf anderem Gebiet. Frä. Rahm (Bose) blieb mit den Dienern im Wesen.

Soll also das Schauspiel, von dem man unter der kommenden Direktion die Pflege klassischer Dichtung im weitesten Sinne des Wortes erhofft, durch Austausch führender Kräfte erneuert werden? Wir glauben heute wie seit drei Jahren, daß nicht dies, sondern die Ergänzung des Ensembles und dann seine zielbewusste Führung, seine richtige Verwendung not tun. Mit dem Wechsel an entscheidenden Stellen haben wir wahrhaft lang genug schlechte Erfahrungen gemacht. Es ist vielfach nur Schlechteres nachgekommen und nichts wäre verkehrter, als wenn Herr Dr. Eger um jeden Preis mit neuen Leuten blühen wollte. Er könnte sich ganz im Gegenteil gratulieren, wenn er einige der Künstler und Künstlerinnen wieder gewinnen könnte, die unter der Kera Volkners das Theater verlassen haben!

Das deutsche Theater kann sich Experimenten in der nächsten Zeit nicht leisten, es spielt um seine Existenz, mit seiner Existenz. Unter solchen Umständen wäre ein Rehrand eine riskante Sache. Unumgänglich ist allerdings eine Ergänzung des Ensembles, das an wichtigsten Stellen arge Lücken aufweist. Wir brauchen einen ersten Charakterdarsteller wie Fischer-Dreiwaldmann einer war, wir brauchen einen ersten Helden neben dem jugendlichen Helden, als den sich lediglich nun zur Genüge erprobt hat, wir brauchen eine Heroine von großem Format; wir brauchen für das leichtere Fach außer Göb noch einen Bonvivant, wie es Elden und nach ihm noch mit einiger Distanz Kammanf war, wir brauchen eine Naive, die das Fach betreut, in dem die Wessely und dann die Theile so große Erfolge hatten, und wir könnten bei dem Doppelbetrieb auch eine repräsentative Salonbame neben der zu stark im Anspruch genommenen Frau Keller sehr gut vertagen. Das kostet Geld, aber die gegenwärtige Situation der deutschen Bühnen gibt nicht nur die Möglichkeit, sehr gute Kräfte zu bekommen, sondern auch die, an den Gagen manches einzusparen.

Das hier gefällte Urteil entspringt dem Willen, durch positive Kritik der neuen Direktion des Deutschen Theaters die Wiedererrichtung des Schauspielers zu erleichtern. Es läßt sich auf jahrelange Beobachtung und Erfahrung, es wird sich im wesentlichen auch mit der Meinung aller unteilnehmlich am Theater interessierten Kritiker decken. Neben wir wieder an die Wand und ins Meer, so wird die ebenfalls jahrelange und in der letzten Zeit besonders geförderte Gewöhnung an die Erfolglosigkeit teilsigen Wirkens die Enttäuschung verschmerzen lassen!

Dr. Emil Franzel.

Besichtigung des Altstädter Rathauses zugunsten der Arbeitslosen. Am Sonntag, den 7. Febr. 1932, wird eine Besichtigung der Denkwürdigkeiten im Altstädter Rathaus am Punkt 10 Uhr, die nächste um 11 Uhr veranstaltet. Eintritt für Erwachsene 1 K. für Kinder und Militär 50 Heller.

Vorträge und Veranstaltungen

Die Arbeitslosenfürsorge in der Tschechoslowakei.

Vortrag des Gen. Dr. Stern im „Sozialen Institut“.

Im Vortragssystem über die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit sprach am Donnerstag abends der Generalsekretär der Zentralsozialversicherungsanstalt Genosse Dr. E. Stern. Anknüpfend an die vorangegangenen Vorträge, betonte der Redner, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit auch in der nächsten Zeit wirtschaftlichen Aufstieges anhalten wird und daß man sich deshalb sehr ernstlich mit der Frage der Verlängerung des Schulbesuches und der allgemeinen Reduzierung der Arbeitszeit beschäftigen müsse. Die öffentlich rechtlichen Verbände haben ihre freien Mittel erschöpft, so daß heute Rot an Rotlandsarbeiten herrscht, welche das beste Mittel einer produktiven Verminderung der Arbeitslosigkeit sind.

Eingehend beschäftigte sich der Redner mit der Frage, wieviele Arbeitslose es tatsächlich

Beim Ausbrechen in Flammen geraten. Auf seltsame Weise verunglückte in Polky a. d. Elbe die Gattin eines Geschäftsmannes. Die Frau lebte am Morgen die an den Laden anschließende Werkstatt, als plötzlich an ihr Flammen in die Höhe schlugen. Aus dem eben angeheizten Werkstattofen war infolge Puffens das Feuer herausgeschlagen und hatte die Kleider der Frau in Brand gesetzt. Laut um Hilfe rufend, lief die Verunglückte auf den Hof und brach dort ohnmächtig zusammen. Es gelang erst nach einiger Zeit, die Flammen an der Unglücklichen zu ersticken. Die Frau hatte so schwere Brandwunden erlitten, daß sie ins Tschener Krankenhaus überführt werden mußte, wo sie wenige Stunden nach ihrer Einlieferung gestorben ist.

Etwas über Rußland.

In unserer Bodendacher Kreisorganisation fanden in den letzten Tagen einige Vorträge statt. Die Genossin Dr. Elisabeth Weichmann sprach über ihre Erlebnisse in Rußland. Sie hielt sich mit ihrem Mann durch zwei Monate hindurch zu Studienzwecken in der Sowjetunion auf, sah weite Streden des Landes und hatte, da sie der russischen Sprache mächtig ist, die Möglichkeit, mit der Bevölkerung in unmittelbare Berührung zu treten. Die beiden hielten ihre Erlebnisse in einem sehr lesenswerten Büchlein fest: „Alltag im Sowjetstaat“. — Das Büchlein enthält eine nüchterne Betrachtung der russischen Verhältnisse. Es verdammt weder, noch lobt es; es schildert nur Selbsterlebtes und Selbsterfahrenes.

Dr. Elisabeth Weichmann sagte auch in den Vorträgen nichts anderes als in ihrem Buch. Ihre Vorträge haben also nicht das geringste mit einer „Hege gegen die Sowjetunion“ zu tun, die ihr von den kommunistischen Blättern nachgesagt wird.

Wir haben nichts anderes erwartet, als daß die sachliche Schilderung der in Rußland herrschenden Verhältnisse von den Bolschewiken mit Haß und Wut aufgenommen wird. Denn sie schildern ja Rußland als ein Paradies — und täten doch klüger daran, bei der Wahrheit zu bleiben. Die Bedeutung der russischen Revolution wird nicht geschmälert, indem man ihre Schwierigkeiten eingesticht.

Wichtig aber ist, wie man Dr. Elisabeth Weichmann „widerlegen“ will. Die kommunistischen Arbeiter werden nämlich aufgefordert, ihr, die von Rußland angeblich nichts weiß, Rußland-Delegierte der kommunistischen Partei entgegenzustellen.

Und es ist doch bekannt, daß diese Rußland-Delegierten eher als Feist — denn als Studienreisende anzusprechen sind. Sie befinden sich immer in großer Gesellschaft und in Begleitung der Sowjetgewaltigen, haben auch von der russischen Sprache keine Ahnung. Nach vierwöchigem Aufenthalt in dem Riesenteich kommen sie als „Ueberzeugte“, die alles gesehen haben und alles wissen, zurück, den staunenden Zuhörern Wunder über Wunder kundend.

Das Ehepaar Weichmann hielt sich aber doch wenigstens acht Wochen im Lande auf, sprach und beobachtete mit den Bewohnern und fällt nicht, wie die Rußland-Delegierten, allgemeine Urteile.

Nein, die Genossin Dr. Elisabeth Weichmann wird nicht von der kommunistischen Presse „widerlegt“, auch nicht von Rußland-Delegierten, die da glauben, man könne der russischen Frage mit oberflächlicher, wenn auch gutgemeinter Stimmungsmache bei.

Die Aufforderung der kommunistischen Presse, den Berichtern einer zu wissenschaftlichen Zwecken unternommenen Reise die Teilnehmer an den Festreisen durch die Sowjetunion als Wahrheitsfänger gegenüberzustellen, ist für den Ernst bezeichnend genug, mit dem die bolschewistischen Zeitungsschreiber Bildungs- und Erziehungsarbeit treiben.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Arbeitszeitverkürzung als Mittel gegen Arbeitslosigkeit.

In der Wochenschrift „Die Wirtschaft“ polemisiert Herr Dr. Oswald Doernfest, Brunn, gegen die Theorien, die der Brünner Universitätsprofessor Dr. Jan Loevenstein in einer kürzlich erschienenen Broschüre über die Diagnose und Therapie der Krise entwickelt hat. Professor Loevenstein läßt seine Ablehnung der Arbeitszeitverkürzung hauptsächlich auf jene Argumente, die bisher schon von der Industrie, den Handelskammern und den Gewerbevereinigungsverbänden angeführt wurden. Diese Argumente sind bekanntlich die, daß die Arbeitszeitverkürzung die Lohnsumme erhöht, daher preistreibend und zum Schluß konsumdrosselnd wirkt. Diese Verkürzung würde den Export erschweren und schließlich sei eine Arbeitszeitverkürzung verfrüht, solange es noch öffentliche Arbeiten gibt, die im Interesse der Wirtschaft durchgeführt werden sollen. Diese Argumentation ist von uns schon widerlegt worden. Es wurde auch nachgewiesen, daß das Gegenteil eintritt. Es ist aber doch bezeichnenswert, wenn nun auch aus den Reihen des Bürgertums sich die Stimmen mehrten, die der Arbeitszeitverkürzung als einem Ausweg aus der Krise das Wort reden. Dr. Doernfest bedauert es, daß in dieser Spezialfrage eine Stellung eingenommen wird, die nicht als natürlichste Konsequenz aus der Diagnose der Krise gewertet werden kann und überdies geeignet ist, im Auge befindliche praktische Bestrebungen zu schädigen.

Dagegen stellt er ganz klar als seine Ueberzeugung heraus: „... denn gerade die Arbeitszeitverkürzung ist jenes Mittel, das die beste Aussicht auf praktische Anwendung bei Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat, womit auch zugleich der Haupthebel für weitere Komplikationen und Verschärfungen der Krise beseitigt wird. Alle anderen Mittel, mögen sie theoretisch noch so glänzend begründet erscheinen, können infolge ihrer Kompliziertheit auf keine baldige Verwirklichung rechnen. Die sich in raschem Tempo steigenden Schwierigkeiten der Krise erfordern aber rasches Handeln und da erscheint die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit mit ungeschmälerter Evidenz, trotz gewissen damit verbundenen Nachteilen, noch immer als die beste Lösung.“ Herr Dr. Doernfest gibt damit der Ueberzeugung eines großen Teiles der Bevölkerung breiten Ausdruck. Es ist nicht zu bestreiten, daß keine anderen Maßnahmen in dieser Zeit so schnell eine Besserung der großen Anzahl der Arbeitslosen herbeiführen würden, wie die gesetzliche Einführung der 40-Stundenwoche. Damit würden zuerst ganz unmittelbar ein großer Teil der heute Arbeitslosen in die Betriebe ihren Einzug halten, die noch so beschäftigt sind, daß die zur Fertigstellung ihrer Aufträge Ueberstunden zu Hilfe nehmen müssen oder aber volle 48 Stunden in der Woche arbeiten. Wahrscheinlich würden sofort die Arbeitslosen aus den Angestelltenberufen Beschäftigung in der Verwaltung finden und damit würden viele Arbeitsplätze frei, die derzeit von Angestellten eingenommen werden. Die unmittelbare Folge wäre eine Hebung des Konsums, die belegend auf die Erzeugungstätigkeit einwirken würde, wodurch sich die Einstellung neuer Arbeitskräfte ergäbe. Damit wäre schon eine ganz wesentliche Minderung der Massenarbeitslosigkeit erreicht.

Da mehr Kräfte beschäftigt werden könnten, würde die Lohnsumme in verschiedenen Betrieben höher werden, dafür aber würde auch mehr erzeugt und die vorhandenen Produktionsanlagen könnten besser ausgenutzt werden als bisher, der Ertrag der Produktion würde sich erhöhen. Die Löhne selbst würden daher ihren Ausgleich finden im höheren Ertrag der Produktion, ohne daß dadurch eine Preiserhöhung notwendig wäre. Von dieser Ermüdung ausgehend, ergibt sich aber auch zwangsläufig der Schluß, daß voll beschäftigte Betriebe, welche ihre Produktionsanlage reiflos ausnützen können, am Weltmarkt entschieden konkurrenzfähiger sind, als jene Unternehmen, die ihre Anlage nur teilweise ausnützen können. Heute spielt die allgemeine Regie in der Bilanz eines Unternehmens eine ungleich größere Rolle als früher und die Regiedirektoren sind am kleinsten sein, wenn alle Produktionsanlagen in Benutzung sind.

Zugegeben sei, daß auch in diesem Lande noch eine ganze Masse großer öffentlicher Arbeiten der Inangriffnahme und der Vollendung harren. Es fragt sich nur, wer die Mittel bereitstellen soll für diese Arbeiten. Wenn sich momentan daher solche Arbeiten nicht ermöglichen lassen, dann bleibt nur der eine Ausweg, durch die Verkürzung der Arbeitszeit möglichst viele Menschen produktiv zu beschäftigen.

Dr. Doernfest kommt nach recht beachtlichen Erwägungen zu dem Schluß: „und das kann nur dann geschehen, wenn man die Arbeit auf alle aufteilt. Das logische Resultat aus dieser Rechenaufgabe kann nur eine Verkürzung der Arbeitszeit sein.“

Wer immer sich ernstlich und eingehend mit den wirtschaftlichen Problemen der Gegenwart beschäftigt, muß zu dem gleichen Ergebnis kommen. Die Forderung nach der vierzig-Stundenwoche hat eben ihre gute Begründung.

Prager Produktendörse. (Offizieller Bericht vom 5. Febr.) Das heutige Geschäft an der Produktendörse vermochte kein besonderes Ausmaß anzunehmen, was darauf zurückzuführen ist, daß die Börse sehr schwach besucht war und weit hinter dem gewöhnlichen Freitagbesuch zu stehen kam. Der Getreidemarkt verzeichnete einen eher traurigen Grundton, in den Preisen kam dies jedoch hauptsächlich in Roggen und Gerste zum Ausdruck. Roggen schwächte sich in den amtlichen Notierungen um weitere 3 K ab, der Rückgang bei Gerste betrug laut amtlichen Notierungen 2 bis 3 K. Maßgebend hierfür war das Angebot, das in keinem Verhältnis zum Kaufinteresse stand. Es notierten: Weizen 136—139, Auswahlgerste 118—120, Ia 111—116, mittlere 108—110, hintere Industrieerste 92—94. Im Einklang mit dem Rückgang der Roggenpreise schwächte sich auch die Roggenmehlpresse ab, Roggenmehl Nr. 0/3 212 bis 216, 0/4—207, Nr. I 195—197, Nr. II 115—120. Ansonsten weichen die amtlichen Notierungen noch folgende Veränderungen auf: La Plata Mais 52—53 (minus 1 K), Graupen Nr. 10—8 185—230 (minus 5 K), Bruchgraupen 185 bis 190 (minus 5 K) und amerikanisches Fein 800—810 (minus 20 K).

Ausgebentete!

Die bürgerliche Presse kehrt im Gold der Kur!

Ausbeutete

In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt

